

Der Steinmetz

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Reichsmark. — Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichspostliste unter Nr. 1628 Kreuzband-Sendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Verlagsstelle in
Leipzig, Seiler Straße 30, IV.,
(Volkshaus) Aufgang B oder C. — Tel. 33819

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgespaltene Kleinzeile 1.— Reichsmark Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einbindung auf Postkassen-Konto Leipzig 56383; Kassierer: L. Geiß, Leipzig, Seiler Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. — Redaktions-Abchluss: Montag vormittag 10 Uhr

Nr. 33

Sonntag, den 13. August 1927

31. Jahrgang

Sozialer Fortschritt im Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

(Br.) Ähnlich wie beim Arbeitsgerichtsgesetz hat sich auch bei der Verabschiedung des Gesetzes über die Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung eine sehr starke Mehrheit im Reichstag gefunden, die diesem Gesetz ihre Stimme gab. Gewisse christlich-nationale Führer glaubten hieraus den Schluß ziehen zu können, daß man mit der Sozialpolitik des „Bürgerblods“ scheinbar zufrieden sein könne; gewisse radikale Agitatoren aber stellten fest, daß die größte deutsche Arbeiterpartei, die Sozialdemokratie, erneut einem sozialpolitisch reaktionären Gesetz ihre Stimme gegeben habe. Wer gewohnt ist, die parlamentarische und politische Willensbildung nach schematischen Rechenregeln zu beurteilen, wird zu einer der oben geschilderten Auffassungen kommen können. Er wird nicht verstehen können, daß auch ein in seiner Mehrheit reaktionär zusammengesetztes Parlament in gewissen Fragen fortschrittlichen Tendenzen folgen muß, nämlich in denjenigen, in denen sich die soziale Macht der organisierten Arbeiterklasse am stärksten auswirken kann. Eine so eminent soziale Frage, wie die Vermittlung und Unterstützung von Arbeitslosen, kann im Zeitalter des Kollektivismus, also in einer Zeit, in der die Gewerkschaften wichtige Funktionen im Staatsganzen übernommen haben, nicht gegen die Arbeiterklasse entschieden werden. Die Sozialpolitik des „Bürgerblods“ ist also keine freiwillige, keine auf sozialer Einstellung beruhende, sondern sie ist eine aus dem sozialen Kräfteverhältnis zwangsläufig sich ergebende. Die Aufgabe der Arbeitslosigkeit mit ihren sozialen und politischen Hintergründen und Auswirkungen beherrscht das Parlament, als es dieses Gesetz verabschiedete.

Damit soll nicht gelagt sein, daß das neue Gesetz nur Fortschritt brachte und daß es nicht verbesserungsbedürftig sei. Aber daß es die sozialpolitische Entwicklung um ein gutes und grundlegendes Stück vorwärts gebracht hat, kann bei objektiver Betrachtung nicht geleugnet werden.

Auch das neue Gesetz kennt für die Unterstützung der Arbeitslosen eine Reihe von Voraussetzungen. Insbesondere die der Arbeitsfähigkeit, Arbeitswilligkeit und unverschuldeten Arbeitslosigkeit. Ferner muß der Arbeitslose 26 Wochen lang in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gestanden haben, während bisher nur eine 13wöchentliche Frist vorgesehen war. Diese Verschärfung der Bedingungen wird allerdings durch die Ausdehnung der Krisenfürsorge auf solche Arbeitslose, die nur 13 Wochen versicherungspflichtig beschäftigt waren, zum Teil wieder aufgehoben. In den Kreis der Versicherungspflichtigen sind einbezogen auch die landwirtschaftlichen Arbeiter; soweit sie als Kontraktarbeiter befreit sind, erlischt die Befreiung 6 Monate vor Ablauf des Vertrages.

Ist die Anwartschaftszeit erfüllt und sind die sonstigen Voraussetzungen für den Unterstützungsbezug gegeben, so besteht ein Rechtsanspruch des Arbeitslosen auf die Unterstützung, den er durch mehrere Spruchinstanzen hindurch verfolgen kann. Eine Prüfung der Bedürftigkeit gibt es nicht mehr. Beitragsleistung und Unterstützungsleistung sind voneinander abhängig. Sie sind abhängig voneinander auch in bezug auf ihre Höhe. Dem höheren Beitrag entspricht die höhere Unterstützung, der Leistung die Gegenleistung. Doch ist zugleich eine soziale Abmilderung der Unterstützung erfolgt. Je niedriger nämlich die Lohnklasse ist, die der Bemessung der Unterstützung zugrundegelegt wird, desto höher ist der Prozentsatz, der von dieser Lohnklasse als Unterstützung gezahlt wird. Ferner werden für jugendliche Angehörige Familienzuschläge gezahlt.

Die Höhe der Unterstützung ist nunmehr der Zufälligkeit von sich wiederholenden Parlamentsbeschlüssen oder gar von örtlichen Festlegungen, wie sie bisher möglich waren, entzogen, sie bildet einen festen Bestandteil des Gesetzes, genau so wie dieses Gesetz heute einen festen Bestandteil des allgemeinen Arbeits- und Sozialrechts bildet und sich nicht mehr aus einem Wust von Verordnungen, Ausführungsverordnungen und Durchführungsvorschriften zu den Ausführungsverordnungen zusammensetzt.

Die Dauer der Unterstützung beträgt grundsätzlich 26 Wochen, sie kann vom Verwaltungsrat der Reichsanstalt auf 39 Wochen ausgedehnt werden. Die Ausgesetzten werden bei ungünstigem Arbeitsmarkt ebenso wie diejenigen, die die Anwartschaft nicht erfüllt haben, durch die Krisenfürsorge versorgt. Es ist zu hoffen, daß die Bedingungen der künftigen Krisenfürsorge nicht schlechter sein werden, als die der jetzigen Erwerbslosenfürsorge. Es wird alsdann selbst für die langfristig Unterstützten gegenüber dem jetzigen Rechtszustand keinerlei Verschlechterung eintreten.

Die Pflichtarbeit ist nominell im Gesetz noch enthalten, doch wird sie keinerlei praktische Bedeutung mehr gewinnen. Sie beschränkt sich auf Jugendliche unter 21 Jahren und auf die Krisenunterstützten. Jedoch dürfen keine regulären Lohnarbeiten ausgeführt werden, überhaupt keine regelmäßigen Arbeiten, die fortlaufend die Arbeitsfähigkeit eines Arbeitnehmers beanspruchen. Für die Durchführung von Pflichtarbeit ist eine Zweidrittel-Mehrheit im Verwaltungsausschuß erforderlich.

Die Notstandsarbeiten sollen weiterhin durchgeführt werden. Jedoch sollen auf den Notstandsarbeiter die Bestimmungen des freien Arbeitsvertrages Anwendung finden, das heißt es sollen die Arbeitnehmerrechte, wie zum Beispiel Wahl eines Betriebsrats, Entlassungsschutz aus dem BKG und aus der Betriebsstilllegungsverordnung klagerichtig vor dem Arbeitsgericht usw. bestehen. Die Entlohnung der Notstandsarbeiter kann allerdings auch weiterhin durch den Verwaltungsausschuß des Landesamts nach oben begrenzt werden.

Die Mittel für die Versicherung werden durch Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufgebracht, die wie bisher zusammen 3 Prozent des Lohnes nicht übersteigen dürfen.

Diese hier in kurzen Zügen wiedergegebenen gesetzlichen Bestimmungen erhalten nun ihr Leben erst durch die praktische Anwendung, die durch die Verwaltungsorgane der Versicherung vorgenommen wird. In allen diesen Verwaltungsorganen, auf denen sich die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung als einheitliche Körperschaft aufbaut, sitzen die Vertreter der Arbeitnehmer zusammen mit denen der Arbeitgeber und der öffentlichen Körperschaften. In den Fragen der Arbeitsvermittlung sind alle drei Gruppen stimmberechtigt, in den Fragen der Arbeitslosenversicherung stimmen nur Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Häufig wird die Stimme des Vorsitzenden bei

Ausschlag geben. Aber dieser ist nicht mehr ein von außen eingeleiteter Gemeinde- oder Staatsbeamter, sondern er ist, wenigstens bei den Arbeitsämtern, ein vom Vorstand der Reichsanstalt, also von einem Selbstverwaltungsorgan der Versicherung, ernannter Funktionär dieser Selbstverwaltungskörperschaft. Auch bei den Landesämtern und bei der Hauptstelle befinden sich bei den Vorsitzenden bzw. den Präsidenten keine Gewissenkonflikte mehr zwischen den Pflichten, die sie im Interesse der Versicherung zu erfüllen haben und denen, die sie im übrigen beruflich vertreten.

In diesem Selbstverwaltungsorgan, also Vorstand und Verwaltungsrat der Reichsanstalt, und den Verwaltungsausschüssen der Landesamtsämter und Arbeitsämter, müssen die Vertreter der Arbeiter- und Angestelltenvereine tatkräftig mitwirken, die besten Gewerkschaftsfunktionäre gehören in diese Ausschüsse hinein. Dann wird nicht zu befürchten sein, daß die Verwaltungsbureaucratie die Möglichkeit der Selbstverwaltung wieder verstopft, die das Gesetz weitgehend geöffnet hat.

In einer der nächsten „Steinarbeiter“-Ausgaben kommen wir noch ausführlicher auf den Inhalt des Gesetzes zurück.

Aus dem Striegauer Bezirk.

Die Kollegen einmütig gegen jede Arbeitszeitverlängerung. — Erschreckende Vermehrung der Unfälle in den Steinbrüchen. — Betriebsamtlung für die Opfer der jächsischen Unwetterkatastrophe.

Die Bezirkskonferenz am 31. 7. 1927 im Striegauer Volksbause wies einen außerordentlich starken Besuch von allen Betrieben des Bezirks auf. Der Bezirksleiter, Kollege Müller, eröffnete 3 Uhr nachmittags die Konferenz, die zuerst ein Referat des Gewerkschaftssekretärs Medlin (Breslau) über das Arbeitszeitgesetz entgegennahm. Der Referent schilderte den Raubbau, welcher in der Vorkriegszeit durch eine zwölf-, vierzehn- und sogar sechzehnstündige Arbeitszeit an der Arbeitskraft vorgenommen worden ist. Einschränkungs- und Schutzbestimmungen gab es nur für Frauen und Jugendliche, während die Arbeitskraft des erwachsenen männlichen Arbeiters ohne ein gesetzliches Hindernis rücksichtslos ausgebeutet werden konnte. Erst die Volksbeauftragten haben in der Revolutionszeit eine Verordnung erlassen, die der Arbeiterschaft den achtstündigen Arbeitstag brachte. Leider hat die Arbeiterschaft auch vielfach die kulturelle und wirtschaftliche Notwendigkeit des Achtstundentages nicht begriffen und das kostbare Gut nicht sorgsam genug gehütet. Die Unternehmer haben durch Festlegung der Prozente für Überstunden in den Tarifverträgen allzuvielen Arbeitern die Überstunden schmackhaft gemacht, so daß das Prinzip des achtstündigen Arbeitstages von der Arbeiterschaft allzusehr auf dem Auge verloren und nur die materiellen Vorteile entscheidend für Ablehnung oder Leistung der vom Unternehmer geforderten Überstunden wurden. Die Inflation schwächte die Arbeiterschaft und ihre Kampforgane, die Gewerkschaften gewaltig. In schwacher Stellung mußte sich so die Arbeiterschaft in der Zeit der Stabilisierung mit nachfolgender Wirtschaftskrise so manche Abänderung guter Arbeitszeitbestimmungen in den Tarifverträgen gefallen lassen. Dort, wo wir im Gewerbe einen festen Zusammenhalt hatten, konnte man den prinzipiellen Achtstundentag erhalten.

Es geht uns bei dem prinzipiellen Festhalten am Achtstundentag um die Zukunft der Arbeiterschaft. Sie soll auf ein höheres Bildungsniveau gehoben werden, damit aus ihren Reihen die Wirtschaftsführer gestellt werden können, wenn die kapitalistische Gesellschaft reif zur Ablösung ist. Die Verordnung vom November 1923, das Arbeitszeitgesetz — überall spüren wir, daß Gesetzesfragen für die Arbeiterschaft Machtfragen sind. Das wird zu sehr verkannt in der Arbeiterschaft. Von einem Bürgerblock dürfen wir annehmbare Gesetze für die Arbeiterschaft nicht erwarten. Das Schlagwort der Unternehmer von einst: Nur Arbeit kann uns retten, wurde in der Zeit der Wirtschaftskrise umgedeutet in den Ruf: Nur Mehrarbeit kann uns retten. Und dies, obwohl über eine Million Arbeitskräfte auf der Straße lagen. Vom Volksentscheid über den Achtstundentag mußten die Gewerkschaften in ungünstiger Krisenzeit leider absehen. Inzwischen ist jedoch eine kräftige gewerkschaftliche Erholung in vielen Berufen eingetreten, so daß auch hier eine geschlossene Gewerkschaft wie eine einmütig zusammenhaltende, gewerkschaftlich reiflos organisierte Betriebsbelegschaft den Unternehmern in der Arbeitszeitfrage Zugeständnisse haben abringen können. Die gesetzliche Regelung in der Arbeitszeitfrage ist ein Verlager. Das Arbeitszeitgesetz hat unter der Bürgerblockmehrheit im Reichstage eine derartige Fassung erhalten, daß in der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft das Gesetz nur als Schandgesetz bezeichnet wird. In diesem Gesetz kennt sich durch die Unklarheit seiner Bestimmungen niemand aus. Der Unternehmer zieht aus dem Profit und nur dort, wo die Betriebsbelegschaft ihren Mann stellt, wird sie es verhindern können, daß die ungünstigsten Bestimmungen des Gesetzes gegen die Arbeiterschaft, im Interesse der Unternehmer ausgewertet werden können.

Der Redner übte nun an den einzelnen Bestimmungen des Gesetzes Kritik und gab vom gewerkschaftlichen wie Arbeitnehmerstandpunkt aus die notwendigen Erläuterungen, immer mit dem Hinweis, sich im Zweifelsfalle stets an die Organisation zu wenden. Seine Ausführungen, die für die anwesenden Vertreter aus den Betrieben außerordentlich belehrend waren, wurden beifällig aufgenommen. Eine eingehende Debatte schloß sich an. Von allen Rednern wurde die Ablehnung einer schroffen Unternehmerdiktatur in der Arbeitszeitfrage betont und die Hochhaltung des Achtstundentages unter allen Umständen empfohlen. Folgende Entschließung wurde der Konferenz vorgelegt und einmütig angenommen:

„Die Konferenz nimmt Kenntnis von den Bestrebungen der einzelnen Unternehmer des Bezirks, auf Grund des § 3 der neuen Fassung der Arbeitszeitverordnung vom 14. April 1927 die Arbeitszeit in den Steinbrüchen auf zehn Stunden in 30 Tagen im Jahre zu verlängern.“

Die Konferenz ist nicht in der Lage, diesen Bestrebungen der Unternehmer entgegenzukommen, sondern lehnt eine Verlängerung der Arbeitszeit über die im § 4 des BAW. vorgesehene Höchstgrenze mit aller Entschiedenheit ab.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse aller im Bezirk liegenden Steinbruchbetriebe sind nach den gemachten Beobachtungen so, daß eine Verlängerung der Arbeitszeit, und sei es auch nur zeitweise, nicht notwendig erscheint.

Die Gau-, Bezirks- und Ortsverwaltungen werden aufgefordert, mit Bestimmtheit allen Bestrebungen auf Arbeitszeitverlängerung entgegenzuwirken und keine Vereinbarung zu treffen, die über die im § 4 des BAW. vorgesehene Grenzen hinausgeht.“

Die zunehmenden Unfälle in den Steinbrüchen.

Hierüber referierte Bezirksleiter Kollege Müller. Der Redner führte aus, daß die Steinarbeiter an der steigenden Unfallziffer in den Steinbrüchen nicht mehr achtlos vorübergehen könnten. Vom 1. Januar bis 16. Juli habe die Zahlstelle Striegau allein 842 Krankheitsfälle zu verzeichnen gehabt, darunter wieder allein durch Unfallverletzungen 262. Die Unfälle nehmen erschreckend zu. Im Jahre 1926 sind bei der zuständigen Berufsgenossenschaft der Steinindustrie 3028 Unfälle zur Anzeige gelangt, im Jahre 1925 nur 2275, mithin 1926 mehr 753 oder 30 Prozent. Im Jahre 1926 kamen auf 1000 Vollarbeiter 170 Unfälle, im Jahre 1925 123 Unfälle, im Jahre 1924 91 Unfälle. Der Redner untersuchte nun kurz die Gründe der steigenden Unfallziffer. Vielfach seien die Kollegen durch Nichtbeachtung der Unfallverhütungsvorschriften selbst schuld. Dies muß anders werden. Auch das Antreiberbüchse ist als Ursache mit in Rechnung zu stellen. Besonders am Steigen der Unfallziffer seien jedoch die vielen neuen Arbeitskräfte beteiligt, die in der letzten Zeit in den Steinbrüchen ohne Berufskennntnis ein Unterkommen gefunden haben. Nach kurzer Ausbildung und Anleitung beschäftigt man sie vielfach mit Förderarbeiten und ist dann ein Unfall aus Berufskenntnis heraus bald am Platze. Auf die Schutzvorrichtungen, ihr Vorhandensein und ihre Instandhaltung muß seitens der Kollegen besonderer Wert gelegt werden. Auch die Betriebsräte müssen hierbei von ihren besonderen Rechten und Pflichten Gebrauch machen. Der Redner untersuchte nun eine Reihe von Einzelfällen und gibt bekannt, das weitere Material, das er infolge der vorgeschrittenen Zeit nicht mehr zum Vortrag bringen könne, der Öffentlichkeit durch die Presse zu unterbreiten. — In der Debatte bringen nun die einzelnen Redner ihre Betriebs-erfahrungen vor und üben besonders an der Gewerbeinspektion scharfe Kritik. Kollege Springer als Vertrauensmann der Arbeiterschaft bei der Berufsgenossenschaft gibt ebenfalls noch wichtige Aufschlüsse in der Beurteilung der Unfallfrage und bittet dringend um die Beachtung der Unfallverhütungsvorschriften in den Betrieben. Eine vom Kollegen Müller vorgelegte Entschließung wird ebenfalls mit debattiert und der Hoffnung Ausdruck verliehen, daß alle Maßnahmen getroffen werden, um die Unfallziffer in den Steinbrüchen auf ein Minimum herabzudrücken. Die Entschließung hat folgenden Wortlaut und findet in der Abstimmung einstimmige Annahme:

„Die am 31. Juli 1927 in Striegau tagende Konferenz der Steinarbeiter des Striegau-, Häslich-, Groß-Rosen-, Kalthäuser-Granitbezirks stellt mit Bedauern fest, daß die Zahl der Unfälle im genannten Bezirk eine besorgniserregende Höhe erreicht hat.“

Die Konferenz fordert sämtliche Steinarbeiter auf, die zum Schutze der Arbeiter erlassenen Unfallverhütungsvorschriften strikt innezuhalten. Von den Steinbruchunternehmern wird erwartet, daß sie gleichfalls alles tun, was die Unfallgefahr vermindert.

Insbondere fordert die Konferenz von den Unternehmern:

1. Beschaffung von Schutzhelmen in den Steinmehwerkstätten in genügender Anzahl;
2. Beschaffung von Schutzhelmen für die bei der Steingewinnung und Weiterverarbeitung im Freien beschäftigten Arbeiter;
3. sich in kurzen Zeitabständen wiederholende genaue Kontrolle der Hebe- und Transportanlagen unter besonderer Berücksichtigung der Gleisanlagen;
4. Schaffung und Instandhaltung von Wegen, Treppen, Brücken usw. auf dem einzelnen Steinbruchgelände;
5. Schaffung genügender Unterkunftsräume und sorgfältiger Reinhaltung derselben.

Die Konferenz fordert die Betriebsräte auf, gemäß § 66 Ziffer 8 BAW. besonders auf die Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren in den Betrieben zu achten und von allen Unfällen der Bezirksleitung Striegau sofort Anzeige zu erstatten.“

Zum Schluß der Konferenz gelangt eine Reihe von gewerkschaftlichen Fragen zur Erledigung. Urlaubsfragen, Beteiligung der Belegschaft an den Begräbnissen von verstorbenen Kollegen, Erhöhung der Teuerungszulage usw. werden debattiert und erledigt. In der Forderung der Erhöhung der Teuerungszulage faßt die Konferenz einen einstimmigen Beschluß, der an die Gauleitung weitergeleitet wird. Bei der jächsischen Unwetterkatastrophe ist eine Reihe von Kollegen um ihr Häuvel, um ihr letztes Hab und Gut gekommen. Die Konferenz beschließt, Sammelkisten in den Betrieben herauszugeben, um für diese Opfer der so plötzlich herein-gebrochenen Unwetterkatastrophe eine kleine Hilfeleistung herbeizuführen. Für die Obleute in den Betrieben soll das notwendige Preisermäßigungs- und Hilfsmaterial herbeigeschafft werden, damit sie in der Arbeitszeitfrage dem Verlangen der Unternehmer nach Mehrarbeit gewappnet gegenüberstehen. Nach vierstündiger Dauer schließt Kollege Müller diese Konferenz, die von einem einheitlichen gewerkschaftlichen Willen befeuert war und besonders in der Arbeitszeitfrage sich klar und unabweisend für die Ablehnung jeder Mehrarbeit ausgesprochen hat. Draußen in den Betrieben wissen nun die Kollegen, woran sie sind. Soweit es in ihren Kräften steht, werden die Steinarbeiter jeden Angriff auf den Achtstundentag mit geschlossener Kraft abwehren.

Kommunisten und Gewerkschaften.

Der „Gewerkschaftszeitung“ Nr. 29, der Zeitschrift des ADGB., entnehmen wir nachstehenden Artikel, dessen Studium jedem Verbandsmitglied sehr zu empfehlen ist.

Die offizielle Parole der kommunistischen Parteien lautet bereits seit ein paar Jahren: Jedes Parteimitglied muß zugleich Gewerkschaftsmitglied sein. In Deutschland hat ein kommunistischer Parteitag einen Beschluß gefaßt, der den gewerkschaftlich noch nicht organisierten Parteimitgliedern eine (inzwischen längst verstrichene) Frist für den Anschluß an die Gewerkschaften gesetzt hat unter Androhung des Ausschlusses aus der Partei für diejenigen, die den Gewerkschaften fernerhin fernbleiben werden; es sei denn, daß sie nicht organisationsfähig sind, wie die Hausfrauen, Angehörige der freien Berufe u. ä. Ähnliche Beschlüsse wurden auch von den kommunistischen Parteien des Auslandes gefaßt. Man verfolgt damit in erster Linie taktische Ziele, ohne mit dem Herzen bei der Sache zu sein; man hat die traditionelle gewerkschaftliche kommunistische Einstellung bei weitem noch nicht überwunden, und so bleiben alle diese schönen Beschlüsse auf dem Papier.

Der Leiter der Organisationsabteilung des Exekutivkomitees der Komintern, Pjatnicki, veröffentlichte in der „Pravda“ vom 14. Mai eine Reihe von Angaben über die gewerkschaftliche Zugehörigkeit der kommunistischen Parteimitgliedschaft. Am besten steht es in

Will man von Englands wirtschaftlicher Lage im Kohlenbergbau ein Bild entwerfen, so muß man unwillkürlich an die theoretischen Darlegungen denken, die der schwedische Gelehrte Gustav Cassel auf der diesjährigen Hauptversammlung der Gesellschaft für Sozialreform in Hamburg entwickelte. Cassel ging bekanntlich von dem Irrglauben aus, die „hohen Löhne“ seien verantwortlich für die chronische europäische Wirtschaftskrise. Er sprach sogar von einem „Gewerkschaftsmonopol“, das gebrochen werden müsse. Im letztjährigen großen englischen Streit ist das Ideal des Herrn Cassel verwirklicht worden. Dort wurde — wenigstens zeitweilig — das Gewerkschaftsmonopol gebrochen und das Grubenkapital erhielt nach einem erfolglosen, aber heroischen siebenmonatigen Kampfe Generalvollmacht, die Löhne nach Gutdünken festzusetzen. Und das Resultat? Hören wir: In einer Artikelserie der Wochenzeitung „The Observer“ kommt Sir Herbert Samuel, der Vorsitzende der bekannten Kohlenkommission, zur Konstatierung der Tatsache, daß „der Reichsstarif vernichtet, die Arbeitszeit verlängert und die Löhne ganz bedeutend gekürzt wurden“. Die Verhältnisse im Bergbau sind geradezu trostlos; gibt es doch trotz der verkürzten Löhne mehr als 211 000 Erwerbslose, die nach dem Streik keine WiederEinstellung fanden und den Arbeitsmarkt belasten. Das von dem englischen Grubenkapital angewandte Rezept von Gustav Cassel hat sich als ein gefährlicher Trugschluß erwiesen; es sei denn, man geht zu noch größeren Lohnverkürzungen über, wodurch die Misere nur noch vergrößert würde. Die Cassel'sche Theorie vom „ökonomischen Lohn“, der im Kampfe der „freien und unbehinderten Konkurrenz“ entsteht, ist stets das Ideal des englischen Grubenkapitals gewesen. Konsequenz durchgeführt, müßte der reine „ökonomische Lohn“ zu einem mörderischen internationalen Wettbewerb führen, der die Löhne schließlich auf den Nullpunkt drücken würde. Letzteres ist wirklich die Politik des Grubenkapitals; sie wollen durch eine ungezügeltere Konkurrenz schließlich wieder Oberwasser gewinnen. Und die Regierung steht zunächst diesem Treiben teilnahmslos zu.

Die britische Kohlenindustrie steht jetzt genau dort, wo sie auch im Juni 1925 stand, als die Staatsubvention eingeführt wurde. Die dem Bergbau gegebene Liebesgabe von 24 Millionen Pfund Sterling war ein Schlag ins Wasser, da auch diese nicht instand war, die ausländische Konkurrenz zu vernichten. Nach Beendigung des Streiks ist die Dumping-Politik zur gewalttätigen Wiedergewinnung des verlorengegangenen britischen Monopols auf dem Weltmarkt geradezu auf die Spitze getrieben worden. Schon hat Frankreich Schutzmaßnahmen gegen das englische Kohlendumping ergriffen, es hat bis auf weiteres die Einfuhr englischer Kohle verboten. Darob großes Geschrei in den englischen Bergbaukreisen, die von ihrer Regierung schärfstes Vorgehen gegen Frankreich verlangten, um die Aufhebung des Dumpingverbotes zu erwirken.

Gewiß hat der Staatssekretär für die Kohlenindustrie recht, wenn er auf die außergewöhnliche Lage des englischen Bergbaues hinweist. Die innere Ursache der beklagenswerten Krise liegt an der Ueberproduktion an Kohle in der ganzen Welt. „Der Ruhrkampf und der amerikanische Streik verbargen lange Zeit die wirkliche Lage, die erst in 1925 offenkundig wurde, als die Kohlenkommission berichtete, daß mehr als 73 v. H. der erzeugten Kohle mit Verlust verkauft werde und die Industrie die bestehenden Löhne und Arbeitszeit nicht länger tragen könne.“ Es zeigt sich aber immer klarer, daß das Dumping durch Lohndruck schlimmster Art zur Katastrophe führen muß. Allerdings glaubt der englische Grubenkapitalismus noch immer im Ernst, durch niedrige Löhne und lange Arbeitszeit der Konkurrenz Herr zu werden zu können, was der gesamten internationalen Arbeiterbewegung unter Umständen zum Schaden gereichen muß, wenn hier nicht recht bald eingegriffen wird.

Die Kohlenkommission hatte eine Reihe guter Vorschläge zur Behebung der Krise gemacht, in deren Mittelpunkt zwei Hauptvor schläge standen: 1. Rationalisierung, 2. der Grundzweig, der heute von den Grunds- und Boden-Lords eingehemmt wird, soll auf den Staat übergehen. In der bereits erwähnten Artikelserie schreibt Sir

Der Verfasser versucht die Ursachen dieses Mißerfolges der kommunistischen Gewerkschaftspolitik unter dem Gesichtspunkt der Organisationsarbeit aufzuklären. Dieser Gesichtspunkt ist allerdings viel zu eng, um für die Analyse der ganzen Frage zu genügen, aber die Bemerkungen des Verfassers sind dennoch von Interesse für die Beurteilung der Organisationsverhältnisse zwischen den kommunistischen Parteien und den kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen.

Die Bureaus der kommunistischen Fraktionen in den Gewerkschaften werden nicht aus Genossen gebildet, die tatsächlich in den Gewerkschaften tätig sind. Die Parteikomitees stellen an die Spitze der kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen gute Kommunisten, die sich in der Gewerkschaftsarbeit nicht orientieren können, und die Fraktionen beschäftigen sich daher mit abstrakten Fragen, da ihnen das konkrete Material zur Erörterung der Fragen der gewerkschaftlichen Tagesarbeit fehlt.

Die Bevormundung der kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen durch die kommunistischen Parteiorgane wird vom Verfasser keineswegs verurteilt. Er tritt nur dafür ein, daß man die in den Gewerkschaften tätigen Kommunisten viel mehr als heute geschieht zur Erörterung von Gewerkschaftsfragen in den Parteinstanzen heranziehen solle. „Die Parteikomitees müssen dafür sorgen, daß die Genossen, die in den Ortsverwaltungen der Gewerkschaften tätig sind, näher zur Partei gelangen. Man muß sie, jeden einzelnen, individuell beeinflussen, damit sie die Parteilinie durchzuführen und den Richtlinien der Partei keinen Widerstand leisten. Diese Schwierigkeiten muß man überwinden; denn sonst ist von den Genossen, die in den Gewerkschaften sitzen und die Beschlüsse der Partei nicht durchführen, kein Nutzen zu erwarten.“

Die Gewerkschaftsabteilungen der kommunistischen Parteien lassen auch viel zu wünschen übrig. „Die Gewerkschaftsabteilungen, statt daß sie die Arbeit der Fraktionen instruieren und kontrollieren, versuchen selbst die Arbeit zu verrichten, die den Fraktionen in den Gewerkschaften obliegt.“ Da haben wir es bereits nicht nur mit einer Bevormundung, sondern mit einer völligen Verdrängung der Gewerkschaftsfraktionen durch die Parteinstanzen zu tun. Das System der Bevormundung hat eben seine Logik. Aber auch damit noch nicht genug. Selbst innerhalb der Partei ist das Verhältnis zwischen den verschiedenen Gewerkschaftsabteilungen ein anormales. „In vielen Ländern sind die Gewerkschaftsabteilungen der Zentralvorstände mit den Gewerkschaftsabteilungen der Bezirkskomitees und diese mit denen der städtischen Komitees nicht verbunden.“ was die oberen Instanzen allerdings nicht hindert, gegebenenfalls die strenge Befolgung ihrer „Richtlinien“ von den unteren Instanzen und schließlich von den kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen zu verlangen.

Für die Beurteilung der kommunistischen Gewerkschaftspolitik sind in dem zitierten Artikel noch die Ausführungen des Verfassers über die Notwendigkeit der kommunistischen Arbeit in den Organisationen der anderen gewerkschaftlichen Richtungen, wie z. B. in den christlichen Gewerkschaften, von Interesse. „Vor den kommunistischen Parteien derjenigen Länder, wo auch solche Gewerkschaften bestehen, die keinen Klassencharakter tragen, steht die Aufgabe, neben der Stärkung ihrer Arbeit in den Klassen- (Amsterdamer) Gewerkschaften, eine systematische Arbeit in den katholischen und christlichen Gewerkschaften einzuleiten.“ Und dann noch deutlicher: „Der Einfluß, den die christlichen, nationalsozialistischen Parteien auf Arbeiter und Arbeiterinnen genießen, kann vernichtet oder wenigstens abgeschwächt werden durch den Eintritt von Kommunisten in die Gewerkschaften dieser Parteien und durch eine geschickte Arbeit in denselben.“ Die gleiche Methode soll auch u. U. gegenüber den freien Gewerkschaften angewandt werden — mit Hilfe einer direkten Abkommandierung (durch Beschlüsse der Parteikomitees) von Parteimitgliedern in die fremden Gewerkschaften, ohne selbst vor der Notwendigkeit des Austritts dieser Mitglieder aus den roten Gewerkschaften zurückzuschrecken.“

Der Gedanke, die Methode des Lockspiegeltums in der Gewerkschaftsbewegung anzuwenden, bildet eine würdige Krone der kommunistischen Gewerkschaftstaktik.

dieser Hinsicht in der kleinen kommunistischen Partei Englands, der eine antigerichtliche Einstellung von Anfang an fast völlig fremd war, und unter deren Mitgliedern heute 90 v. H. in der Trade-Unions organisiert sind. Wesentlich schlechter liegen die Verhältnisse in Deutschland; hier erreichte (zum 1. Juni 1926) die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder unter den Parteimitgliedern folgende Prozentfähe: In dem Bezirk

Table with 3 columns: Region, Party members, Trade Union members. Includes Westfalen, Berlin-Brandenburg, Saargebiet, etc.

Der Verfasser führt noch „als Beispiele“ folgende Zahlen an: In Stettin sind 78 Parteimitglieder gewerkschaftlich organisiert, 24 aus den Gewerkschaften ausgeschlossen und 300 (d. h. 37 v. H.) gewerkschaftlich nicht organisiert. Im 6. Bezirk Oberschlesiens zählt man 1061 Parteimitglieder, darunter sind nur 361, i. h. noch nicht 35 v. H., gewerkschaftlich organisiert. „Wenn wir die mittlere Zahl für 28 Bezirksorganisationen nehmen, so wird sich ergeben, daß zur Zeit 70 v. H. der Parteimitglieder in den Gewerkschaften organisiert sind. Beachtet man die 10 v. H., die auf Hausfrauen und andere Schichten, die nicht organisiert werden können, entfallen, so verbleiben noch 20 v. H., die gewerkschaftlich organisiert werden müssen.“

Noch trauriger liegen die Verhältnisse in der Tschechoslowakei. Hier zählt die KP. 138 000 Mitglieder, von denen nur 35 653 in den „roten“ Gewerkschaften, 9100 in den Amsterdamer Gewerkschaften (deutschen und tschechischen) und 821 in andern (!) Gewerkschaften organisiert sind. Die Gesamtzahl der gewerkschaftlich organisierten Parteimitglieder beträgt somit 45 575, d. h. nur 49,2 v. H. der Parteimitgliedschaft.

Der Verfasser bringt noch Zahlen für die Vereinigten Staaten Amerikas, wo 40 v. H. der Mitglieder der (kommunistischen) Workers Party gewerkschaftlich organisiert sind, und bemerkt abschließend, daß „durchschnittlich nicht mehr als 50 bis 55 v. H. der Mitglieder der ausländischen (gegenüber der Sowjetunion) kommunistischen Parteien den Gewerkschaften angehören.“

Das Mißverhältnis zwischen der Zahl der kommunistischen Parteimitglieder und der Zahl der gewerkschaftlich organisierten Kommunisten bildet bei weitem nicht die ernsteste Sorge der kommunistischen „Gewerkschaftspolitiker“. Viel bedeutender ist es, daß es mit der „Arbeit“ der Kommunisten in den Gewerkschaften, selbst dort, wo zahlreiche Kommunisten den Gewerkschaften angehören, ziemlich traurig bestellt ist.

In der „Pravda“ vom 18. und 19. Mai legt der zitierte Verfasser seine melancholischen Betrachtungen über das Problem: Kommunisten und Gewerkschaften, fort. Die Zahl der organisierten kommunistischen Fraktionen in den Gewerkschaften ist ziemlich groß, ihre Arbeitsfähigkeit ist aber minimal. In Deutschland gibt es bereits in 14 Verbänden kommunistische Fraktionen für das ganze Reich; „sie haben aber, nebenbei gesagt, noch keine Lebenszeichen gezeigt und wir wissen nichts über deren Zusammensetzung.“ Das Bezirkskomitee des Ruhrgebietes teilt mit, daß im Bezirk 213 kommunistische Fraktionen in den Gewerkschaften bestehen; von diesen aber arbeiten 40 v. H. sehr schlecht, 40 v. H. mäßig und nur 20 v. H. gut. In der Sektion der Postangestellten in Hamburg zählt die kommunistische Fraktion 120 Mitglieder, die Sitzungen der Fraktion werden durchschnittlich nur von 30 Mitgliedern besucht. In Frankfurt a. M. besuchen nur 10 v. H. der Fraktionsmitglieder die Sitzungen der kommunistischen Fraktion des Metallarbeiterverbandes, und noch schlechter ist der kommunistische Besuch der Verbandsversammlungen: in der letzten allgemeinen Versammlung des Verbandes waren von 209 kommunistischen Metallarbeitern Frankfurts nur 4 zugegen. „Ich könnte noch eine Fülle solcher Tatsachen, und nicht nur aus Deutschland, anführen, aber ich glaube, daß auch diese genügen.“

Berufliche Ferieneindrücke von Bornholm.

Anschließend an die im „Steinarbeiter“ Nr. 29 geschilderte „Schwedensfahrt“ stattete ich mit meinem Reisegefährten der Insel Bornholm einen Besuch ab, um auch die dänischen Steinarbeiter kennenzulernen. Begünstigt vom schönsten Wetter kamen wir nach dreistündiger Dampferfahrt von Nydab (an der Südküste Schwedens) kommend, in Rönne, dem bedeutendsten Hafentort Bornholms, an. (Im Hafen von Nydab lag zu unserer freudigen Ueberraschung gerade ein großer Frachtdampfer namens „Vorwärts“ von Bremerhaven, dessen Maisladung dort „gelöscht“ wurde. Im übrigen wurde hauptsächlich Kohle, meist von Oberschlesien über Danzig kommend, ausgeladen.)

Der Hafen von Rönne ist zwar kleiner als der von Nydab, doch interessierten uns sofort einige Segelschiffe, die teils mit Pflastersteinen, teils mit Granit-Rohblöcken zur weiteren Bearbeitung an anderer Stelle beladen wurden. Leider reichten die wenigen auf dem Internationalen Steinarbeiterkongress in Kopenhagen aufgeschappten Brocken nicht aus, um eine Verständigung mit den Verladern herbeizuführen, ein Uebelstand, der uns übrigens auf der ganzen Reise schmerzlich bedrückte.

Zwei Tage auf die Besichtigung besonders reizvoller Punkte Bornholms, darunter auch die nach dreiviertelstündiger Dampferfahrt zu erreichende einsame kleine Insel Christiansö (einer früheren Seefestung) verwendend, galt der dritte Tag dem Besuch des größten steinindustriellen Unternehmens Bornholms, „Hammerens Granitwerk Müller u. Handberg A.-G.“, einem modern ausgebauten Bruchbetrieb mit Brecher- und Hafenanlage. Ein fahrbarer Löffelbagger vermittelt die Verladung der Schottervorräte in Ripporen, die ihre Ladung dann auf dem Schienenwege bis an die im Hafen liegenden Schiffe transportieren. Auch im Bruche selbst, mit einer oberen und unteren Sohle versehen (Etagenabbau) sind Gleis- und Krananlagen in ausreichendem Maße vorhanden. 6 Spaltmaschinen tragen außerdem dazu bei, den Betrieb als modern gelten zu lassen. Leider ist die Zahl der in diesem Betriebe Beschäftigten im Laufe der Jahre stark zurückgegangen. Angeblich hat die Einführung der Maschinen in Verbindung mit der zunehmenden schwedischen Konkurrenz den Arbeiterkamm von 500-600 auf 100 dezimiert. Das Steinmaterial ist äußerst hart und schwerer zu bearbeiten als der schwedische Granit. Kenner auch des schwedischen Materials versicherten, daß der Bornholmer Granit viel mehr Werkzeuge abnutze als der Schwedische.

Am nächsten Tage (ein Sonntag) wurden die Brüche in der näheren Umgebung Rönnes besucht. In ihnen wird Rohmaterial für die Grabmal- und Werksteinindustrie gewonnen. Da niemand in den Betrieben anwesend war, wurde ein schriftlicher Gruß (durch ein undichtes Fenster eines Unterkunftsraumes gesteckt) hinterlassen, der von den Kollegen des Betriebes in der freundschaftlichsten Weise per Post nach Leipzig erwidert wurde. Die in die Tiefe gehenden Brüche lassen für die Außenwelt jede Sicherung vor Unfällen vermissen. Ob und inwieweit Sicherungen für die Beschäftigten während des Betriebes vorhanden sind, war wegen der Sonntagsruhe nicht zu erkennen. — Die Brüche werden ausgebeutet von „De forenede Granitbrud Rönne“, die in Rönne selbst ein modern eingerichtetes Werk mit Schleifereibetrieb und großem Denkmalslager haben. In diesem Werk werden ungefähr 50 Arbeiter beschäftigt. In Korn und Färbung wäsen in der Hauptsache vier Granitarten zu unterscheiden, deren Namen hier nicht verzeichnet zu werden brauchen. Der erste ist feinkörnig und dunkelrötlich; der zweite grobkörnig, schwarz und weiß mit roten Einsprengelungen; der dritte dunkelgrau und weißfleckig; der vierte gleichmäßig dunkel, ziemlich schwarz (ähnlich dem schwarzschwedischen Granit).

„De forenede Granitbrud Rönne“ gehört auch ein 400 Jahre alter Sandsteinbruch bei Nexö. Der ziemlich große Bruch, direkt am Meere gelegen, machte einen recht verlassenen Eindruck. Geräumige Steinmeißelungen zeugten mit ihren

leeren „Bänken“ von früherem regen Leben. Zur Zeit waren nur 9 Arbeiter mit Verladungsarbeiten von Rohmaterial beschäftigt. Daß dieser Bruch und die gesamte dortige Sandsteinindustrie einst in hoher Blüte gestanden hat, beweist u. a., daß der Hafen von Nexö größtenteils aus Sandsteinquadern errichtet, zum Teil aus dem an Ort und Stelle befindlichen Sandsteinfelsen herausgehauen ist.

Beim Besuche eines kleinen Grabsteingeschäftes gab sich einer der beiden Inhaber als 1907 in Deutschland gereifter Kollege zu erkennen. Sein Wunsch, in Berlin zu arbeiten, ging zwar leider nicht in Erfüllung (Berlin war um diese Zeit gesperrt), doch gedachte er noch der bei Faber in der Stephanstraße erhaltenen Reiseunterstützung. Der ehemalige Verbandskollege hat dann später in Halberstadt Arbeit erhalten. Er war sichtlich erfreut, einmal wieder seine in Deutschland gemachten Erfahrungen und Erinnerungen mit einem Deutschen nach so langer Zeit aufzufrischen zu können, während uns seine Kenntnis der deutschen Sprache sehr zugute kam. Gern hätten wir auch Martin Andersen, dem bekannten Sozialchriftsteller einen Besuch abgestattet, doch hat er seiner Geburtsstadt Nexö anscheinend dauernd Valet gesagt.

Die Lebensbedingungen der Bornholmer Steinarbeiter dürften im allgemeinen günstiger als die des Durchschnitts der deutschen Steinarbeiter sein. Die bloße Gegenüberstellung der Lohn- und Währungsverhältnisse läßt eine sichere Beurteilung dieser Frage noch nicht zu.

Alles in allem freuen wir uns, einen kleinen Einblick in die Verhältnisse der dänischen bzw. Bornholmer Steinindustrie bekommen zu haben, nicht minder auch über die freundliche Aufnahme, die wir allerorts bei den Kollegen fanden, namentlich dann, wenn sie unseren mangelnden Kenntnissen der dänischen Sprache mit ihren, wenn auch noch so geringen deutschen Sprachkenntnissen nachhelfen konnten.

Brasilien.

Von einem Leipziger Bildhauer wird uns der nachstehende Brief eines ausgewanderten Steinbildhauers zur Verfügung gestellt. Die Zeilen sind datiert aus Santos, am 17. Mai 1927:

Nun sind es schon sechs Jahre, daß ich von Leipzig fort bin und nichts von mir hören ließ. Als Emigranten fuhrten wir auf Kosten des Staates nach Sao Paulo, waren als Arbeiter für Kaffeepflanzungen bestimmt. Am 23. 6. 1921 Reife ab Hamburg; ungefähr tausend Personen mit Familien. Die Reise führte uns über Antwerpen, Le Havre, Leizpes (Porto), Belem (Sinalon), Funchal, Madeira, nach Recife, dann Pernambuco, wo wir das erstmal brasilianischen Boden betraten. Von dort über Bahia, Rio de Janeiro nach Santos, wo wir am 1. August eintrafen. Also sechs Wochen Seefahrt bei meist gutem Wetter. Verpflegung war knapp und schlecht! Nach einer weiteren Tagesreise mit der Eisenbahn wurden wir in der Einwanderer-Herberge in Sao Paulo ausgeladen.

Am andern Tage war ärztliche Untersuchung. Meine Frau kam ins Lazarett. Das war allerdings ein „schöner“ Anfang. Nun ging „das Verdingen“ los. Jeder versuchte den anderen zuvorzukommen, um den besten Platz zu erwischen. Auch ich mußte mich schriftlich nach Jtu verpflichten. Bin jedoch abends in die Stadt, um mich nach anderer Arbeit umzusehen. Am andern Tage machte ich meinen Vertrag rückgängig und fing in einem Granitwerk als Steinmeß an. Wie schwer es ist, für einen Bildhauer sein Brot als Steinmeß zu verdienen, konnte ich mir vorher nie vorstellen. An den ersten Tagen hing die Haut in Fetzen von meiner Hand; doch ich brauchte Geld und wollte leben. Der Lohn pro Stunde bei achtstündiger Arbeitszeit war sieben Milreis. (Milreis ist Geldeinheit in Portugal und Brasilien. 1000 Milreis = circa 4,60 Mark (Portugal) und circa 2,30 Mark (Brasilien).) Im Betrieb waren 36 Kollegen, und zwar Brasilianer, Italiener, Spanier und Portugiesen, nur kein Deutscher, und wie sollte ich mich

mit ihnen verständigen? Ein Sprachmischer wie am Turmbau zu Babel. Am zweiten Tage konnte ich doch soweit verständigt werden, daß ich ihrem Verbands beizutreten hätte, was für mich ja eine Selbstverständlichkeit war. Und als ich mein Verbandsmitgliedsbuch zeigte, waren alle über die langjährige Mitgliedschaft sehr erstaunt. Sieben Wochen habe ich nun in diesem Betriebe als Steinmeß ausgehalten. Der Lohn war mir zu gering und ich fing dann in einer Autofabrik, bei Henry Ford, als — Zimmermann an und bekam gleich 16 Milreis bei achtfündiger Arbeitszeit pro Stunde. Zwei Jahre habe ich dort ausgehalten, dann wurde ich den Fabrikbetrieb überdrüssig. Bei einer italienischen Firma fand ich in meinem Beruf als Steinbildhauer wieder Arbeit. Alles in Marmor, in Afford wurde gearbeitet, nur Engel und Christus; durchschnittlicher Verdienst 20 Milreis pro Stunde. Ueber ein Jahr war ich bei dieser Firma und bin jetzt in einem Zweiggeläch in Santos, wo es mir noch besser gefällt. Im Jahre 1926 war ich im Innern auf Montage bei einem reichen Kaffeepflanzungbesitzer in Limeira, der ein Mausoleum aus rotem Granit bauen ließ. Hier gab es sehr viele Bananen und Apfelsinen, die nicht eingebracht werden konnten und verfaulen mußten. Wir oft habe ich an die hungrigen Großstadtkinder von hüten wie drüben gedacht; denn hier verlam, was sie entbehren müßten. Ein Sitten der Kaffeepreise brachte dann eine Krise im Staate Sao Paulo. Die Folge war große Arbeitslosigkeit, so daß ich abermals abziehen mußte. Nun mietete ich ein Haus am Badestrand und eröffnete eine Pension. Jedoch war auch hier keine bleibende Stätte, weil meine Frau die Meeresluft nicht vertragen konnte. Und so bin ich jetzt wieder in Santos gelandet. Habe eine Villa mit Porzellan- und Hinterveranda mit schönem Garten gemietet. Zahle 700 Milreis, aber nicht etwa pro Jahr, sondern monatlich. Die Mietpreise sind hier geradezu gesunken, so daß ich auch zwei Zimmer vermieten muß, und zwar an einen Damenfriseur; das ist hier das bestgehende Geschäft, denn Subitop ist Mode.

Der Zweck meines Schreibens ist in der Hauptsache, Dir mitzutheilen, daß am 12. Dezember v. J. mein bester Freund und Kollege Alex Hiller beim Baden ertrunken ist und beim Rettungsversuch ich selbst bereits mit unterging. Es war an der Stelle, wo einst die ersten Portugiesen in Brasilien gelandet sind. In meinem Garten stand mich vor einiger Zeit ein giftiges Insekt und binnen einer Stunde hatte ich einen Elefantensfuß. Man soll eben nicht ungestraft „unter Palmen wandeln“!

Dieses wären so in kurzen Abrissen meine Erlebnisse. Wollte ich sie eingehender schildern, müßte ich ein Buch schreiben. Nach Deutschland hatte ich bis jetzt keine Sehnsucht, und wenn ich an die Jahre 1915 bis 1920 zurückdenke, bin ich stets turtelt. Wie geht es mit der Bildhauerkunst in Leipzig? Grüße die Kollegen von mir und — (Das rein Persönliche lassen wir fort. Red.) Dein Freund und Kollege Friedrich Wolf.

Der Hemmschuh.

Hemmschuhe gibt's gar vieler Art, von Nutzen und von Schaden; die einen groß, die andern zart, jeweils was du geladen. Holt deine Lebenskarre toll dem Abgrund zu mit Schrecken — der Hemmschuh wird dich Zoll um Zoll durch seine Abwehr beden. Doch fährst du aufwärts dein Gepäd mit Schaffenslust und -liebe, führt dich der Hemmschuh in den Dreck, folgt du dem eiteln Triebe. Drum sieh' dir deinen Hemmschuh an, prüf' ihn auf Herz und Nieren; Gewinn er dir wohl bringen kann, kannst alles auch verlieren. Erwin.

Herbert Samuel: „In keinem wichtigen Kohlenzeugungsland der Welt — mit Ausnahme von Amerika, wo das englische Recht übertragen ist — hat man den Grundbesitz der Mineralien in privaten Händen gelassen. Die Kohlenkommission von 1919, die in mancher Hinsicht geteilter Meinung war, verlangte einstimmig die Verstaatlichung der sogenannten königlichen Hoheitsrechte“ und diesen Standpunkt vertrat auch die Kommission von 1925. Man war der Meinung, diese Reform sei die erste Vorbedingung für jede rationelle Reorganisation der Industrie.“ Mit den Millionen von Pfund Sterling, die jährlich den großen Landlords durch den Grundbesitz in die Taschen fließen, könnte der notleidenden Bergarbeiter-schaft sehr gut geholfen werden.

Das Kohlenunternehmertum wehrt sich mit Händen und Füßen gegen jegliche Reorganisation der Industrie. Es kämpft gegen jede Form der Rationalisierung mit einer Wut, die den deutschen Kommunisten alle Ehre machen würde. Und was sind nun die Gründe, die das englische Grubenkapital bewegen, sich gegen jede Form der Rationalisierung zu wehren? Sie wollen mit dem Mittel eines unerbittlichen Konkurrenzkampfes schließlich den nicht leistungsfähigen Gruben den Todesstoß versetzen. Trotzdem die Mehrzahl der Gruben mit großen Verlusten arbeiten, sind die gemachten Profite doch immer noch recht ansehnlich, was an folgenden Beispielen veranschaulicht werden kann: Die Kohlenfelder in Durham, die 64 v. H. der dortigen Kohlenproduktion erzeugen, arbeiten mit Verlusten von 1 bis 7 Schillinge die Tonne, die Firmen aber mit 36 v. H. der Produktion, arbeiteten mit einem Profit von 1 bis 5 Schillinge die Tonne. Ähnlich liegen die Verhältnisse in den meisten anderen Bezirken. In Südwalshien z. B. arbeiten die Firmen mit einer Produktion von 68 v. H. mit Verlusten von 1 bis 7 Schillinge, die übrigen Firmen arbeiten mit sehr hohem Gewinn. Die Verhältnisse der englischen Kohlenindustrie sind eben sehr eigenartig. So kostet die Produktion der Tonne Kohle in bestimmten Revieren Schottlands 12 Schillinge, in anderen 30 Schillinge. In Northumberland gibt es Gruben, die eine Tonne Kohle für 14 Schillinge fördern, andere wieder bedürfen hierzu einer Ausgabe von 28 Schillinge. In Durham ist es von 14 bis 24 Schillinge, in Südwalshien 16 bis 30 Schillinge. Die besser gelegenen Grubenfelder versuchen nun den schlechter gelegenen den Hals zuzuschneiden. Alle diese Dinge könnten ja der Arbeiterklasse gleichgültig bleiben, wenn sie nicht als Lohnempfänger darunter am meisten zu leiden hätte. So schreibt das Daily Telegraph am 13. Juli u. a.: „Die britischen Grubenbesitzer haben in diesem Jahre die größten Anstrengungen gemacht zur Zurückeroberung des alten Kohlenexports. Zur Erreichung des Zieles sind die Preise (natürlich im Auslande) erbarmungslos niedrig gesetzt worden. Die hierdurch erzeugten Ergebnisse sind geradezu herzerweichend. Die Arbeiter haben nicht einmal das garantierte Lohnminimum erreichen können. In Durham sind 20 000 Bergarbeiter erwerbslos und in Northumberland 7000. Einige Gruben sind bereits stillgelegt worden, andere werden bald folgen. Fast überall wird Kurzarbeit gemacht und die verdienten Löhne der einzelnen Leute sind außergewöhnlich niedrig.“

Die Zukunft sieht recht trübe aus, und niemand weiß, was werden soll. Der ausgeglichene 8- bis 8½stündige Arbeitstag hat die Situation nur noch verschlimmert, da hierdurch die Kohlenproduktion bedeutend gehoben und die Ueberproduktion vermehrt wurde. Die Regierung steht, wie gesagt, dem ganzen Treiben tatenlos gegenüber. Wohl schuf man im vergangenen Jahre ein sogenanntes Rationalisierungsgesetz, womit die Zusammenlegung der Gruben in die Wege geleitet werden soll. Da dieses Gesetz aber ein freiwilliges ist, ohne obligatorische Zwangsmaßnahmen, geschieht auf dem Gebiete nichts.

Der englische Kapitalismus befindet sich am Scheidewege. So lange er allein auf dem Weltmarkt war, fühlte er sich wohl. Darnach hütete er auf die „andern“ herab, zahlte gute Löhne und ließ den Arbeitern auf allen Gebieten vollste Freiheit. Jetzt aber, wo auch die „andern“ trotz allem groß und selbständig werden, steht er hilflos da. Das deutsche Proletariat hat alle Ursache, die englische Entwicklung aufs genaueste zu verfolgen, da der wirtschaftliche Kampf um den „Platz an der Sonne“ unter Umständen gerade so gefährlich werden kann als der kriegerische. Der Ausweg liegt natürlich auf dem Gebiete großzügiger internationaler Verständigung, die gerade vom englischen Grubenkapital aufs schärfste abgelehnt wird. Ob nicht doch der Zeitpunkt nahe ist, wo auch der englische Grubenkapitalismus einsehen wird, daß seine einzige Rettung in der internationalen Verständigung liegt? Bevor dies aber möglich ist, müssen sich zuerst in England selbst große wirtschaftliche Veränderungen vollziehen. Und hierin liegt die Schwierigkeit. Das Grubenkapital will sein Ziel mit den strupellosesten Mitteln erreichen und hat sich zum Kampf bis aufs Messer vorbereitet. Leider stehen die durch den Streik sehr geschwächten Gewerkschaften dem Treiben noch machtlos gegenüber.

Was ist aus dem Satz geworden, den Karl Marx im Jahre 1866 prägte, wonach die englischen Arbeiter die Preisfechter der europäischen Arbeiter sind? Die englische Gewerkschaftsbewegung hat zur Zeit einen schweren Stand, da sich auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und politischen Lebens Gärungsprozesse zeigen, und die zu lösenden Aufgaben sind groß. B. W.

Die wachsende Volkswirtschaft.

—II. Nicht nur die deutschen Konsumgenossenschaften, sondern auch die in weiteren 26 Ländern der Welt demonstrierten am Sonntagabend, dem 2. Juli, für die genossenschaftliche Wirtschaftsform. Sie feierten den Internationalen Genossenschaftstag, der wie der 1. Mai weltgeschichtliche Bedeutung erlangen wird.

Die genossenschaftliche Wirtschaftsform. Ja, sie ist in großem Ausmaß schon Praxis geworden, aber noch nicht die Praxis. Nämlich die Praxis einer anerkannten, dominierenden Volkswirtschaft. Aber wie weit man schon auf dem Wege der genossenschaftlichen Wirtschaft gekommen ist, zeigt der Stand der Konsumvereinsbewegung im Gebiete des Internationalen Genossenschaftsbundes für das Jahr 1925. Danach betrug die Zahl der Konsumgenossenschaften in den 26 dem Bund angeschlossenen Zentralorganisationen und ebensoviel Ländern rund 45 000 von 60 000 ihm zugehörigen Genossenschaften überhaupt. Die Zahl der Mitglieder rund 27 Millionen bei einer Einwohnerzahl von 660 Millionen der betreffenden Länder. Die Umsätze in Waren betragen 14,1 Milliarden Schweizer Franken (1 Mt. = 1,23 Frank), und die der angeschlossenen Groß-einkaufsgesellschaften, die nur mit Konsumgenossenschaften Geschäfte machen, rund 5 Milliarden Schweizer Franken.

In der Statistik fehlt Italien, das infolge der Faschistenherrschaft, die das dortige Genossenschaftswesen zerrützelte, ausgeschlossen ist, aber in früheren Zeiten mit über 1000 Konsumgenossenschaften, 2 Millionen Mitgliedern und einem Jahresumsatz von rund 400 Millionen Franken schon zu den Großen der Konsumgenossenschaftlichen Bewegung zählte. Auch der Umsatz der französischen Genossenschaftsbewegung mit rund 600 Millionen Schweizer Franken fehlt auffallenderweise in der Statistik. Es dürfte also die Zahl der Konsumvereinsmitglieder aller Länder auf 29—30 Millionen, der Warenumsatz auf mindestens 15 Milliarden = 15 000 Millionen Schweizer Franken richtig berechnet sein.

Diese Zahlen lassen erkennen, daß die genossenschaftliche Wirtschaftsbewegung in der Tat werdende Volkswirtschaft ist, weil sie mit jedem Jahre organisatorisch und wirtschaftlich stärker wird. Also wachsende Volkswirtschaft ist. Ihre Bedeutung ist ja auch vom Völkerbunde anerkannt worden dadurch, daß er den Internationalen Genossenschaftsbund offiziell zu den Beratungen der Genfer Wirtschaftskonferenz heranzog, wo die genossenschaftliche Delegation insbesondere bei den zoll- und handelspolitischen Fragen einen sichtbaren Einfluß im Interesse der Verbraucher ausübte unter der selbstverständlichen Zusammenwirkung mit den Gewerkschaftsvertretern. Einen positiven Erfolg — vielleicht den einzigen der ganzen Konferenz! — brachten sie ja zusammen mit den Vertretern der landwirtschaftlichen Genossenschaftsbewegung insofern zustande, als die direkte Geschäftsverbindung zwischen landwirtschaftlichen Erzeuger- und städtischen Verbrauchergenossenschaften auf nationaler und internationaler Grundlaae zur praktischen Linie gemacht wurde.

Als Hauptländer der Konsumgenossenschaftlichen Weltorganisation gelten Rußland, Großbritannien und Irland, Deutschland, Frankreich, Rußland zählt in 25 259 Genossenschaften 9,27 Millionen Mitglieder mit einem Umsatz von rund 6 Milliarden Schweizer Franken; Großbritannien und Irland 12 89 Genossenschaften und rund 5 Millionen Mitglieder mit einem Umsatz von rund 5 Milliarden; Deutschland 1429 Genossenschaften und 4,2 Millionen Mitglieder mit einem Umsatz von 902,6 Millionen Schw. Fr. (im Jahre 1926 über eine Milliarde Reichsmark!) und Frankreich 1563 Genossenschaften mit rund 1,3 Millionen Mitgliedern und einem Umsatz von rund 600 Millionen Schw. Fr. Das alte Oesterreich-Ungarn hatte ebenfalls eine starke Konsumgenossenschaftliche Bewegung mit zusammen 2100 Genossenschaften, 1,3 Millionen Mitgliedern und einem Umsatz von rund 500 Millionen Schw. Fr.

So also sieht die wachsende genossenschaftliche Volkswirtschaft aus. Ihre organisatorische und wirtschaftliche Stärke bildet schon heute einen achtunggebietenden Wirtschaftsfaktor für die Interessen der Verbraucher in Stadt und Land, und wer in Dezennien zu denken vermag, dem kann es kein Zweifel sein, daß in zehn bis zwanzig Jahren die genossenschaftliche Volkswirtschaft entscheidende Bedeutung für das Wirtschaftsleben jedes Landes besitzt.

Denn ihre unbedingte Nützlichkeit gegenüber der kapitalistischen Privatwirtschaft ist unverkennbar.

Aus den Zahlstellen und für die Zahlstellen.

Gelveret:

2. Gau: In Forst die Firma Max Herzberg (Straßenbau).
4. Gau: Die Steinsechirmen Müller in Schladen, Aug. Hoche in Vorsfelde haben trotz wiederholter Ermahnung keine Wohlfahrtsbeiträge abgeführt.
5. Gau: In Köln das Marmorwerk Scheer wegen Maßregelung.
6. Gau: In Ringelbach der Betrieb Ernst Conti wegen großer Lohnmissetände. — In Legernau (Baden) der Betrieb Dr. Diner.

Streit:

1. Gau (NW): In Bremen bei der Firma H. Berger.
2. Gau: In Piesitz bei der Firma J. J. J. (Steinarbeiter).
4. Gau: In Dessau Steinmehlen. — In Hannover (Steinmehlen und Marmorarbeiter). — In Halberstadt in dem Grabmalbetrieb Dreier u. Sohn. — In Bueda Betrieb Br. Pfeifer.

Der Reichstarifervertrag für die Granitsteleerereien erneut abgeschlossen. Unter Vorsitz des Schlichters für Hessen-Nassau, Herrn Gewerbetat Schilling, wurden die am 7. Juli mit dem Verband Deutscher Granitwerke als ergebnislos abgebrochenen Verhandlungen am 4. August 1927 in Frankfurt am Main erneut aufgenommen; sie führten zum Neuaufschluß des Tarifvertrages. Dieser trat am 1. Juli 1927 in Kraft und gilt bis zum 30. Juni 1928. Die vorgesehenen Abänderungen werden den Kollegen in einzelnen durch Rundschreiben übermittelt. Infolge der neuen Änderungen macht sich ein Neubruck des Vertrages notwendig, deshalb mögen die in Frage kommenden Zahlstellen umgehend den Bedarf der benötigten Exemplare unter den Kollegen feststellen und dem Zentralvorstand darüber berichten.

Die Gefahren der Steinbrucharbeit. Unter fallendes Gestein geriet am 26. Juli 1927 kurz vor Feierabend der Kollege Heinrich Kiese in einem Steinbruch der Rheinisch-westfälischen Kalkwerke Abteilung Gräben. Dem Bauernwertener wurde ein Bein unter dem Kniegelenk vollständig abgeschlagen, das Bein wurde ihm dann im Krankenhaus in Barmen auf Grund weiterer Verletzungen über dem Kniegelenk ganz abgenommen. Die Schuld wird auf die auch hier in letzter Zeit niedergegangenen Unwetter geschoben, wodurch sich vom Felsen die Steine unbedacht lösten. — Eine Ursache ist natürlich immer vorhanden. Heißen muß es hier wohl richtig: Die erhöhte Aufmerksamkeit, die durch die Unwetter unbedingt geboten ist, wurde versäumt! Versäumt von der verantwortlichen Bruchleitung!

Am 1. August gegen 4 Uhr nachmittags geriet der Hilfsarbeiter Michael im Barisch-Bruch, Bezirk Striegau, mit einem Fuß unter die Räder eines mit Abraum gefüllten Rippers. Das Fleisch wurde dem Berührungsbis auf die Knochen abgetrennt. Nach Anlegung eines Notverbandes mußte Michael sofort dem Kreiskrankenhause zugeführt werden. Der Unfall geschah wohl dadurch, daß der Wagen in falscher Bremsrichtung fuhr.

Sangerhausen. Außerordentliche Versammlung am 23. Juli der Ortsgruppen Sangerhausen-Oberörlingen zur Vereinigung beider Ortsgruppen. Die Versammlung fand statt in Oberörlingen im Lindenhof. Der Kassierer Wilh. Gebhardt eröffnet um 21,30 Uhr die Zusammenkunft. Leider waren von den Oberörlinger Kollegen einige nicht erschienen; wahrscheinlich ziehen sie lieber Vergnügen vor, als die Versammlung zu besuchen. Kollege Gebhardt gab einen kurzen Überblick über die Zustände, die in der Ortsgruppe Sangerhausen geherrscht haben. Hierauf schritten wir zur Besprechung der Verschmelzung der beiden Ortsgruppen, worüber sich eine anregende, aber zustimmende Aussprache entspann. Bei der Wahl des Vorsitzenden wurde einstimmig der Kollege Paul Hille gewählt, als Kassierensprecher die beiden Kollegen Richard Schmölling und Otto Reich; Hilfskassierer für Sangerhausen wurde der Kollege Otto Stolz.

Wildemann. In dem der Firma Wegener (Hannover) gehörenden Brauereibetrieb hier am Ort arbeiten unsere Kollegen an der Schotter-Anlage schon monatelang täglich 10 Stunden. § 15 des RWB für Pflasterstein und Schotter regelt in eindeutiger Weise die Bezahlung der Ueberstunden; neuere Abmachungen zwischen dem Zentralverband der Steinarbeiter und dem Reichsverband der deutschen Pflasterstein- und Schotterindustrie besagen, daß für die neunten Stunde 20 Prozent, für die zehnte Stunde jedoch 25 Prozent Zuschlag von jeder Firma zu zahlen sind. Der Vertreter der Firma, Herr H. H. H., der als Beisitzer im Haupttarifamt fungiert und den RWB mit aus der Taufe gehoben hat, kündigt sich einfach nicht um solche Abmachungen; er läßt unseren Kollegen 15 Prozent Zuschlag auszahlen und beruft sich auf § 4, Absatz 2. Ein merkwürdiger Tarifanhänger und noch eigenartigerer Haupttarifamts-Beisitzer. Eine ganz besondere Nummer, aber eine „forsche“, ist der Bruchmeister Bode; hatte dieser doch herausgerechnet, daß einzelne Kollegen nur 1 bis 2 Tage, und solche, die vor dem 1. Juli 1926 im Betriebe angefangen hatten, überhaupt keinen Urlaub erhielten. Es bedurfte erst der Klage vor dem Haupttarifamt. Dann erst war es möglich, daß 12 Kollegen den wohlverdienten Urlaub von nicht 1 oder 2, sondern 3 Tagen erhielten. Auch und Menschenanmeldungen sind an der Tagesordnung. Jedem Menschen bietet dieser „forsche“ Bruchmeister Bode Sätze an. Alle unsere Vorstellungen und Hinweise, daß eines Tages die Katastrophe eintreten müßte, wurde unbeachtet gelassen. Am 21. Juli jedoch wurde der Belegplatz ein ergötzliches Schauspiel geboten. Herr Bode und der Betriebsleiter Krüger sagten sich stundenlang die schönsten Wahrheiten, bis es zu Tätlichkeiten überging, wollte doch Bruchmeister Bode Herrn Krüger mit einem Pflasterstein den Schädel spalten. Wieder waren es unsere besonnenen Kollegen, die ein Unglück verhüteten und die streitbaren Bruch-Kommandanten trennten. Herr H. H., wie lange noch wollen Sie solches ansehen? Schlagwort ist: Rationalisierung; das fließende Band ist Trumpf! Nur nicht im Steinbruch! „Auf-laden und abladen!“ so will es Herr Bode. Die Leute müssen den Befehlen hören, sonst geht es nicht. Der Gerechtigkeit halber soll gesagt sein, daß Herr Krüger ob solchen Blödsinns nicht bloß manchmal den Kopf geschüttelt hat, sondern manche lustige Szene gab es, wozu der eine „Hü“, der andere „Hot!“ wollte. Die Firma aber möge bedenken — weil es bisher ja stets hieß, die bösen Wildemänner sind die Uebelthäter —, daß es bis jetzt der Betriebsvertretung, wenn auch unter großer Mühe, gelungen ist, durch Einwirken auf die Kollegen ein Unglück zu verhüten; jedoch: „Es kann

der Frömmste nicht in Frieden leben, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt!“ Und nochmals fragen wir: Wie lange soll das noch dauern? P. H.

Ulm a. d. D. Wir haben hier die eigenartige Tatsache, daß die wenigen Kollegen, die hier am Ort sind, sich nicht in einer Organisation zusammenfinden können. Bauergewerksbund, Fabrikarbeiter- und Steinarbeiter-Verband teilen sich in den Bestand der Organisierten, dazu noch einige Außenleiter, die nirgends Anschluß finden können, bis einmal auch sie nicht nur Nutznießer sein können.

Am 16. Juli war Gauleiter Herrmann hier, gab Bericht vom Verbandstag und informierte sich über die hiesigen Verhältnisse. Zu dieser Versammlung waren auch die Vertreter und Kollegen obengenannter Organisationen auf Einladung erschienen, mit dem sächlichen Bestreben, die vorhandenen Uebelstände möglichst zu beseitigen. Die Diskussion über den Bericht vom Verbandstag der Steinarbeiter war zum größeren Teil durchaus sachlich. Die drei Verbandsvertreter, denen sich auch Kollegen angeschlossen, hatten die Ansicht, daß die Verschmelzungsfrage für Kollegen am Ort der Steinindustrie wohl nicht so dringend ist, wie bei den an der äußeren Grenze sich befindlichen. Die Folge ist eben dann die Zersplitterung. Für uns in Ulm macht der Bauergewerksbund (wie auch in Württemberg zum größten Teil) den Tarifabschluß. Dazu kommt der Fabrikarbeiterverband mit dem Tarif der Zementindustrie, die auch bei uns stark vertreten ist. Bleibt übrig, daß die paar Mann auf Naturstein überhaupt nicht mehr aktionsfähig sind und Anschluß dort suchen müssen, wo sie ihr Interesse am wirkungsvollsten wahrnehmen können. So kommt es, daß die einst blühende Zahlstelle Ulm derzeit zersplittert ist und bei der bekannten Firma Schwenk am Wertplatz „Bauhütte am Münster“ die Löhne auf Grund des Bauarbeitertarifs geregelt sind, werden die gelernten und angehenden Steinbauer bei Schwenk nach dem Zementwarentarif mit 60 bis 88 Pfennig entlohnt. Bei Akkordarbeit sollen 15 Prozent Zuschlag auf diese Stundenlöhne bezahlt werden (wenn es verlangt wird von den Kollegen). Durch verschiedene Maßnahmen ist die Firma in der Lage, immer einige „Paradesperde“ vorzuführen zu können, die auf Grund ihrer beruflichen Spezialtätigkeit, Körperkraft und sonstigem wesentlich höher kommen, wie die angeführten Löhne sind. Vorstöße zur Beseitigung dieser Uebelstände sind wiederholt gescheitert, weil ein Zusammenschluß der Kollegen zu dieser Sache nicht zu erzielen war. Wiederholt hat der am Ort befindliche Vertreter des Fabrikarbeiterverbandes versucht, Verbesserungen zu erwirken, aber die Firma kennt ihre Pappenheimer. Erfolg: kolossale Blamage der Arbeitnehmer!

Zweck dieser Zeilen soll sein, die Kollegen allerorts auf die hiesigen Zustände aufmerksam zu machen und Arbeitsangebote der Firma Schwenk (siehe Schwarzwälder Bote) entsprechend zu werten.

Bosenbach. Bei der jetzigen Hochkonjunktur in der Steinindustrie ist es Pflicht eines jeden Steinarbeiters, sich in die Reihen der organisierten Kollegen zu stellen, um mit ihnen für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen zu wirken. Es ist selbstverständlich keine leichte Arbeit gewesen, das Bestehende in den Tarifverträgen ohne Kampf zu erreichen. Die besten Beweise, wie ohne Verband, also wild, gewirtschaftet wird, haben wir Steinarbeiter im Betrieb Schneeweidnerhof am besten gespürt, denn im Jahre 1925 wurde den Kollegen dort ein Lohnabzug von 33 Prozent aufgehaßt. Auf der einen Seite spart man die paar Pfennig Verbandsgehalt, aber auf der anderen schenkt man dem Arbeitgeber Tausende von Mark. So bezahlen die Unorganisierten also noch viel mehr als die Organisierten. Dieser große Abzug hat nun die betreffenden Kollegen zum Teil wieder zum Steinarbeiterverband geführt. Aber es gibt in jeder Herde räudige Schafe. Das sind die Unorganisierten in unserem Beruf, deren Alltagsgespräch ist: „Wenn ihr mehr Lohn bekommt, dann bekommen wir ihn auch“, oder wie kürzlich einer sagte: „Die jetzige Zulage gib't's ja in der ganzen Falz!“ Dieser auch-Kollege glaubt wahrscheinlich, die Regierung hätte ein Rundschreiben erlassen, in dem vermerkt steht: „Von diesem Tag ab bekommt ihr so und so viel mehr!“ Es gibt noch eigenartige Käuze unter den hiesigen Steinarbeitern. irgendeine Arbeiterpresse wird nicht gelesen. Sie leben ins Blaue hinein. Arbeiten und schimpfen und arbeiten. Hoffentlich steigt nun doch bald die Einsicht, daß jeder in die Organisation gehört, damit die organisierte Arbeitskraft einen Block bildet, an dem jeder Gegenwille flüchtig zerfällt.

Sohlund a. d. Spree. Hier tagte am 18. Juli 1927 auf dem Pachterhof die fällige Steinarbeiterversammlung. Anwesend sind 22 Kollegen. Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 18 Uhr. Punkt 1 betrifft Prüfung der 2. Quartalsabrechnung. Es werden zu Revisoren die Kollegen Paul K. L. und Hermann Köhler gewählt. Nach gewissenhafter Durchsicht wird die Rechnung für richtig befunden. Uebergrübelte alte Marken wurden nachgerechnet und als in Ordnung bekanntgegeben. Darauf wird dem Kassierer, Kollegen Heinrich Böhm, Entlastung erteilt. — Zu der Versammlung in Bischofswerda war Kollege Baumhake I. beauftragt, dorthin zu fahren, um Bericht geben zu können. Er schildert in ausführlicher Weise, was dort zur Sprache gekommen ist. Die Aufmerksamkeit der Kollegen war groß. Darüber teilweise Diskussion. Vor allem sei erwähnt, daß unser Steinmehlarif am 30. September 1927 abläuft. Ob Streik daraus wird, kann heute noch nicht entschieden werden. Im Punkt „Verschiedenes“ stellt Kollege Gustav Krenitz den Kollegen vor, daß zur Zeit böhmische Steinarbeiter bei unsern Arbeitgebern Aufnahme finden. Es möchte dahin gestrebt werden, daß diese einen Lokalzuschlag bei uns bezahlen. Die Gauleitung könnte sich damit befassen. Unorganisierte Leute sollen sogar herangezogen werden, wogegen wir uns wehren. Kollege Heinrich Böhm fordert nochmals zur Aufmunterung auf. Für die neuen Marken werden Stundenlöhne vereinbart. Die Lokalkasse wird geregelt, was von sämtlichen Kollegen gutgeheißen wird. Darauf Schluß der Versammlung.

Stettin I. Die Zahlstelle veranstaltete am 16. Juli ein Sommerergrüßen, verbunden mit einer Fahnenweihe, zu der die Mitglieder und Freunde mit ihren Angehörigen zahlreich erschienen waren. Jung und alt fand bei Konzert, Spiel und sonstiger Belustigung recht angenehme Unterhaltung. Auch die Kleinen wurden mit Spiel und Ueberraschungen reichlich bedacht, und die glänzenden Kinderaugen bewiesen, daß die Kollegen vom Vergnügungsausschuß das richtige getroffen hatten. Den Höhepunkt des Festes bildete die eindrucksvolle Weiherede unseres Gauleiters Kollegen Schenke, sowie ein von der Kollegin Fräulein Langkabel vortragener Festprolog. Starke Beifall löste es aus, als der Festredner die künstlerisch ausgestaltete Fahne als das Symbol der absoluten Treue zur Organisation feierte. Diese Treue sei nicht zu entbehren, denn alle im Beruf tätigen Kopf- und Handarbeiter mit ihren Angehörigen müssen erfährt und zu zielbewußten Klassenkämpfern herangebildet werden. So wird einst das Band unbedingter Solidarität alle wertschaffende Proletarier umschlingen und die sozialistische Gemeinwirtschaft für spätere Generationen erreicht sein. Auf dem Wege zu diesem Ziele möge unsere Fahne uns stets mit freudigem Siegeswillen erfüllen. Als nächste Etappe wollen wir die Vereinigung der Zahlstellen Stettin I und II gelten lassen. Der Redner schloß mit einem begeisterten Hoch auf den Zentralverband der Steinarbeiter, sowie auf das gesamte internationale Proletariat. Stürmischer Beifall dankte dem Kollegen Schenke für seine Ausführungen. — Nach der Gewinnverteilung blieben alle Teilnehmer, alt und jung, bei fröhlichem Tanz und bester Feststimmung gemütlich beisammen.

Leipzig (Steinleher). Am 17. 7. 1927 fand im Volkshaus unsere Halbjahresversammlung statt. Tagesordnung war: Neuwahl des stellvertretenden 1. Vorsitzenden, da der bisherige sein Amt niedergelegt hat. Wahl eines Kollegen als Beisitzer im Hauptvorstand sowie für den Bauarbeiterklub, Schriftführer, Revisoren und Hilfskassierer für den Nordbezirk. Vor Eingehung in die Tagesordnung verliest der Schriftführer das Protokoll der letzten Versammlung. Widerspruch wurde nicht erhoben. Hierauf gibt Kollege Loeb

kurzen Bericht über seine Tätigkeit im 2. Quartal, welches reich an Arbeit war. Anschließend gibt Kollege Hoyer Bericht vom Gesellenauschuss, wo festgelegt wurde, 1 Lehrling auf 6 Gefellen sowie nicht mehr als 3 Lehrlinge innerhalb eines Betriebes, ferner werden keine Umschüler mehr zugelassen, die das 20. Lebensjahr erreicht haben. Hierüber entspinnt sich eine rege Diskussion. Die Wahl des stellvertretenden 1. Vorsitzenden fiel auf den Kollegen Hugo Hempel, der mit 42 Stimmen gewählt wurde. Als 1. Schriftführer wird Kollege Rudolf Braun gewählt, als Beisitzer für die Zentrale Kollege Kohlhard und als Delegierter für die Bauarbeiterkommission Kollege Golze. Als 2. Schriftführer und 2. Kassierer wurden die bisherigen Kollegen wiedergewählt, ebenso die bisherigen Revisoren. Kollege Münze beantragt, im Sommerhalbjahr die Versammlungen Sonntags stattfinden zu lassen. Es wird so beschlossen. Kollege Kubisch schneidet die Beitragsrechnung an, und es entspinnt sich darüber eine eingehende Aussprache. Kollege Münze beantragt, zur nächsten Versammlung einen Delegierten vom Verbandstag zu hören. Auch diesem Antrag wurde einstimmig zugestimmt. Außerdem wurde die Wohlfahrtsfrage angeschnitten, die für manchen Kollegen ein Steckenpferd ist, da alles nicht so geht, wie es gehen sollte. Nach Erledigung mehrerer kleinerer Anfragen Schluß der Versammlung.

Rundschau.

Submissionsblüte. Vom Kreise Lauban in Schlesien wurden kürzlich Steinarbeiten in mehreren Losen vergeben. An dieser Verdingung beteiligten sich 28 Unternehmer. Das höchste Angebot wurde von der Firma Kranchen-Kreuzburg (O.-L.) mit 11566,50 Mk. abgegeben und das niedrigste von einer Laubaner Firma mit 2664,75 Mk. Die Höchstforderung ist 4,3 mal größer als die Mindestforderung. Unser Gewährsmann bemerkt zu dieser Submissionsblüte, daß die Obermeister und Syndizi der in Betracht kommenden Steinseherinnungen durch Einführung von Rechenstunden für die Innungsmitglieder eine dankbare Aufgabe zur Erreichung einwandfreier Kalkulationen bei öffentlichen Verdingungen vor sich haben.

Die weitere Entwicklung des Arbeitsmarktes. Der Arbeitsmarkt zeigt weiter ein günstiges Bild. In der Zeit vom 1. bis zum 15. Juli hat ein Rückgang der Hauptunterstützungsempfänger der Erwerbslosenfürsorge um 48 000 stattgefunden. Mitte Juli betrug die Zahl der Vollerwerbslosen 493 000 (389 000 männliche und 104 000 weibliche). Auch die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenfürsorge hat sich um 27 000 vermindert. Zweifellos eine günstige Entwicklung. Bei einem Gesamtüberblick ergibt sich folgendes: Hauptunterstützungsempfänger der Erwerbslosenfürsorge 493 000, der Krisenfürsorge 181 000 = 674 000. Dazu treten noch rund 200 000 Kurzarbeiter, so daß die Zahl derjenigen Personen, die keine volle Beschäftigung haben, immer noch an die 900 000 beträgt. Immer noch eine hohe Zahl. Hierbei muß aber beachtet werden, daß sich hierunter eine Reihe von Personen befinden, die schwer unterzubringen sind und vielleicht auch ohne die sonstigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten ohne Beschäftigung wären. Ueber Mangel an Facharbeitern wird in vielen Industriezweigen geklagt. In zahlreichen Betrieben ist eine gewisse Sättigung festzustellen.

Die „sozialen“ Sonderrentenkassen. Bei der Beratung des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung, das kürzlich verabschiedet wurde, spielte auch die Frage der sog. Ersatzkassen eine Rolle. Es ist nun gelungen, daß diese Ersatzkassen in der Arbeitslosenversicherung nicht eingeführt werden. Völlig im Flor stehen sie dagegen noch in der Krankenversicherung, die ja auch sonst eine ganze Reihe von Sonderkassen (Innungsrentenkassen, Betriebsrentenkassen) aufzuweisen hat. Vielfach wird behauptet, daß diese Sonderkassen sehr viel Besseres für ihre Versicherten leisten als die Allgemeinen Ortsrentenkassen. Nun ist es sehr wohl möglich, daß eine Sonderkasse, die nur eine bestimmte hochbegahlte Berufsgruppe umfaßt, für ihre Mitglieder Erhebliches leisten kann. Daß es aber im allgemeinen mit der sozialen Einstellung dieser Sonderkassen nicht weit her ist, mögen einige Zahlen zeigen, die wir den neuesten Statistiken auf dem Gebiete der Krankenversicherung entnehmen. Im „Jahrbuch der Krankenversicherung“ 1926 wird nachgewiesen, daß die Allgemeinen Ortsrentenkassen an Beiträgen je Mitglied rund 76 Mark eingehoben haben. Mit diesem Betrage wurden die gesamten Leistungen der Allgemeinen Ortsrentenkassen an die Versicherten einschließlich der Familienhilfe gedeckt. Die Ersatzkassen dagegen nahmen nach dem Bericht des Verbandes kaufmännischer Berufsrentenkassen im Jahre 1926 an Beiträgen je Mitglied 105,20 Mark ein. Während aber die Sonderbeiträge für die Familienversicherung bei den Ortsrentenkassen so gering waren, daß sich eine Umrechnung auf den Kopf gar nicht lohnte, sind bei den Ersatzkassen unter der Beitragssumme allein 19,60 Mark enthalten, die für die Familienversicherung aufgebracht werden mußten. Mit anderen Worten: während im Durchschnitt bei den Ortsrentenkassen der Familienvater im Jahre 1926 fast gar nichts für die Familienversicherung zu bezahlen hatte, mußte er bei den Ersatzkassen 19,60 Mark aufbringen. Ähnlich liegt es bei den übrigen Sonderkassen in der Krankenversicherung. Leider liegen hierfür Zahlen für das ganze Reichsgebiet nicht vor. Dagegen ist es gelungen, diese für das Land Baden für das Jahr 1926 bereits festzustellen. In Baden bezahlte das Mitglied in den Ortsrentenkassen im Jahre 1926 0,06 Mark für die Familienversicherung, in den Betriebsrentenkassen dagegen 1,12 Mark und in den Innungsrentenkassen 4,97 Mark auf den Kopf umgerechnet. Dabei ist die Familienhilfe der Ortsrentenkassen, wie allgemein zugegeben werden muß, mindestens ebenbürtig wie die der Sonderkassen, wenn nicht besser. Es zeigt sich also, daß die Sonderkassen sich ihr soziales Empfinden ganz nett bezahlen lassen.

Der Brotkorb geht immer höher. Wer es nicht glauben will, daß der Brotkorb immer höher geht, der richte seinen Blick auf die Mehzziffern für die Lebenshaltungskosten. Im Juli ist wiederum eine nicht geringe Erhöhung erfolgt. Dies zeigt die nachstehende Zusammenstellung:

Gesamtlebenshaltung	Ernährung	Bekleidung	Sonstiger Bedarf
Januar 1927 . . .	144,6	150,7	182,4
April 1927 . . .	146,4	150,3	182,9
Mai 1927 . . .	146,5	150,8	183,2
Juni 1927 . . .	147,7	152,8	183,3
Juli 1927 . . .	150,0	156,8	183,5

Die Ausgaben für die Wohnung haben sich seit April nicht verändert. Der Posten Heizung und Beleuchtung erfährt seit Jahresanfang eine Senkung, jedoch im Juli eine Erhöhung von 1 Prozent. Gestiegen sind vor allem die Ernährungsosten. Besonders wirken sich in diesem Posten die Preissteigerungen für Kartoffeln usw. aus. Durch die Steigerung der Lebenshaltungskosten werden die Erfolge bezüglich der Lohnerhöhungen zum großen Teil allein für die Ernährung aufgebraucht.

Der Lehrling soll vom Beten angehalten werden. Bekanntlich wird von reaktionären Seelen versucht, den Religionsunterricht als obligatorisches Unterrichtsfach in den Berufsschulen einzuführen. Die Industrie- und Handelskammern der als religiös geltenden Gegenden wurden aufgefordert, Gutachten über diese Frage abzugeben. Die meisten Kammern sind zur Ablehnung gekommen; auch diejenige in Köln, die zu einem Sondergutachten vom preussischen Handelsminister aufgefordert worden war. Das scheint aber den Vertretern der Kirche unangenehm gewesen zu sein. Die katholischen und evangelischen kirchlichen Kreise haben die Industrie- und Handelskammern Köln gebeten, sich noch einmal mit der Sache zu beschäftigen; angeblich, weil die Maßnahme, die zur Ablehnung kam, nur gering beachtet gewesen sei. In einer erneuten Sitzung hat diese Kammer ihren früheren Beschluß umgestoßen und beschlossen, der Einführung des Religionsunterrichts in den Berufsschulen zuzustimmen. Man ersieht hieran, wie systematisch seitens der christlichen Kirchen gearbeitet wird, um die Köpfe der jungen gewerblichen Arbeiter und Lehrlinge beeinflussen zu können. Es wurde bereits gesagt, daß die Gewerkschaften mit aller Entschiedenheit etwas Derartiges ablehnen.

Die Qualitätszigaretten aus dem Konsumverein:



Bekanntmachungen des Zentralvorstandes

Bis zum 9. August 1927 haben folgende Zahlstellen die Abrechnung des 2. Quartals noch nicht eingeleitet:
 Gau 1 NO: Brandenburg, Jüterburg.
 Gau 1 NW: Bülow Demmin, Tschöe, Stralsund, Uelzen, Hesepe-Ueffeln, Pinneberg.
 Gau 2: Dobrilugk, Lübben, Schweinitz.
 Gau 3: Zöblitz, Herlasgrün.
 Gau 4: Alvensleben, Braunschweig, Croppenstedt, Freyburg (Unstr.), Gardelegen, Giften, Hameln, Hohenberg, Reiffenhäusen, Rudolstadt, Saalfeld, Schönebeck, Süplingen.
 Gau 5: Bünde, Cöthen, Hordorf, Herne, Kupperdreh, Paderborn, Rheydt, Westerhausen, Westhofen, Einsper.
 Gau 6: Freudenstein.
 Gau 7: Blauberg, Kronach, Neubau, Tittling.
 Gau 8: Altengronau, Röllfeld, Sommerfahl.
 Gau 9: Aßlar, Breitenborn, Bobenhäusen, Mainz, Oberbessingen, Rinderbüngen, Schupbach, Steinau, Weilers.

Ende August 1927 erscheint im Verlag unseres Verbandes: „Der alten Steinmehlen Recht und Gewohnheiten“

Von Rudolf Wiesel, Reichsminister a. D.

Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die alten Ordnungen von 1459, 1462, 1563, 1628 — Aufnahme der Lehrlinge — Kunsttöner — Vossprechen der Jungen — Eintritt in die Bruderschaft, Schwur — Pflichten der Gefellen — Die Handschneid — Das Ehrenzeichen — Der Gruß — Die Auflage — Trinkgelder — Bruderschaftstrinken — Das Hütten- und Bubenrecht — „Bernhard“ Strafen — Zweispitzgruß — Die Gerichtsbarkeit der Hütten — Das Ansprechen um Arbeit — Der Ausweis — Die Abnahme der Stellungen — Examen — Von den Vätern — Vom Meisterwerden — usw.

In der Einleitung schreibt der Verfasser: „Wir haben von keinem Handwerk so eingehende Kunde über die Gebräuche aus ganz alter Zeit, wie gerade von den Steinmehlen. In sehr erschöpfender Weise werden wir über die Verhältnisse des alten Steinmehlgewerbes durch eine Reihe alter Steinmehlordnungen unterrichtet. Diese alten Ordnungen sind um deswillen von ganz besonderer Bedeutung, weil sie nicht etwa nur die Verhältnisse und Beziehungen der Steinmehlen irgendeiner Stadt regeln, sondern sich als die Verfassung der Steinmehlhütten ganz Deutschlands darstellen. Kein anderes Handwerk hat es im Mittelalter zu einer so festen, das ganze Reich überziehenden Verbindung gebracht, wie das der Steinmehlen. Ein großer Bruderbund war es, der die Steinmehlen umfaßte; ihm waren alle lokalen Bruderschaften untertan. Die Straßburger Bauhütte war das anerkannte Haupt der Bruderschaft. Neben ihr bestanden noch drei Hauptstätten in Köln, Bern, später in Zürich und Wien, von denen jedoch nur die Wiener größere Bedeutung erlangt hat. Das Uebergewicht der Straßburger Hütte scheint eng mit dem Fortschreiten des 1452 vollendeten Straßburger Münzturmes verbunden zu sein. An Straßburg knüpfen die alten Steinmehlordnungen an.“

Das Buch enthält mehrere Illustrationen. Druck auf Kunstdruckpapier. Halbleinen gebunden. Preis 2,50 Mk. Mitglieder unseres Verbandes erhalten das Buch durch direkten Bezug für 1,50 Mk.

Zu empfehlen ist den Verbandsfilialen, schon jetzt Sammelbestellungen vorzunehmen. Wir sind überzeugt, daß große Nachfrage nach diesem inhaltlich, druck- sowie buchtechnisch vorzüglich ausgestatteten Werk sein wird. Die Auflage ist beschränkt.

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Augsburg. Die Interimskarte des Bildhauers Ruprecht Bayer wurde dem Verbandsvorstand eingeleitet. Der Inhaber hat hier am Ort auf recht fadenähnliche Art verstanden, sich Unterstützung zu verschaffen. Darum Voricht! Auf Grund eines Empfehlungszettels von der Zahlstelle Bremen sind in der Karte bereits verschiedene Zahlstellenunterstützungen von 5, 10, 8 Mk. usw. verzeichnet, obgleich nur 2 Beitragsmarken geklebt sind.

Bauhen. Der Steinmehl Otto Budrikke, geb. am 19. Juni 1906 in Darlingerode, hat hier seine Interimskarte in größter Unordnung liegen lassen. Er ist ein gemeinefählicher Mensch, denn in jedem Betrieb, wo er hier arbeitete, hat er die Kollegen um größere Geldbeträge für Lebensmittel, Rauchwaren sowie andere Sachen betrogen. Die Kollegen werden hierdurch vor diesem Schwindler gewarnt. Bitte mir seinen Aufenthaltsort mitzuteilen. Oskar Neumann, Vorsitzender, Bauhen, Nordstr. 1.

Raumünzach. Die Kollegen, die während des Streiks in Raumünzach bei der Firma Wörner in Langenbrand gearbeitet haben, mögen mir sofort mitteilen, wieviele Beiträge jeder einzelne an den Hilfskassierer Joseph Dreger, geb. am 23. 6. 1900 in Haugenberg, bezahlt hat. Dreger hat die Gelder nicht an uns abgeführt und wurde deshalb angezeigt. Der genaue Betrag muß aber festgestellt werden. Jeder der betreffenden Kollegen hat die Pflicht, sofort und gewissenhaft mir zu schreiben. Um Beilegung der Kontrollkarte wird gebeten.

Der Pflastersteinmacher Franz Dreger, geb. am 27. 10. 1901 in Haugenberg, ist von hier abgereist und hat sein Mitgliedsbuch in größter Unordnung liegen gelassen, auch hat er vergessen, verschiedene Schulden zu bezahlen. Kollegen! Schützt euch vor solchen Elementen.

Kaver Eid, Kassierer, Raumünzach, Post Forbach, (Baden).

Pilgramsreuth. An Unterstützung für unseren erkrankten und in allen Rassen ausgesteuerten Kollegen Johannes Reinel sind folgende Beträge eingegangen: Selbst 10 Mk., Kirchenamt 10 Mk., Weizenstadt 10 Mk., Marktkeuthen 5 Mk. Den Zahlstellen herzlichen Dank. Die Sammlung ist noch offen, da der Kollege Reinel noch krank ist und von keiner Seite Unterstützung erhält. Die Zahlstellenverwaltung, Willi Wirsing, Vorf.

Schreibersgrün. Hier tauchte ein Unterstützungsmarder auf. Angeblicher Name Friedolin Simon aus Berlin. Interimskarte mit 1 Beitragsmarke. Trotz aller Voricht hat er sich doch von der Frau des Kollegen Arno Kober 12 Mark erschwindelt. Er operiert mit einem Gefäßschein aus Hamburg. Sucht erst den Vorsitzenden oder Kassierer an der Arbeitsstelle auf und bei Abweisung geht er in dessen Wohnung und lügt dann den Frauen vor, er komme im Auftrag des Mannes usw. Darum Voricht, gleich die nötige Abreibung evtl. der Polizei überweisen!

Zur Ordnung im Beitragsbuch.

Es ist immer der Beitrag im Mitgliedsbuch oder Interimskarte wöchentlich fällig, wie die neueste Ausgabe des „Steinarbeiter“ numeriert ist.

Adressenänderungen.

- Gau NW: Waren. Kass.: Max Hausnecht, Große Grünestr. 9. — Norden. Vorf.: Fritz Reuß, Brauhausstr. 10.
- Gau: Münchelburg. Vorf.: Karl Hornig, Ring 55. — Schreiberhau. Vorf.: Franz Scholz. Kass.: Erich Krause, Mittel-Schreiberhau, Oberweg Nr. 1119.
- Gau: Seifersdorf, Bez. Freiberg (Sa.). Vorf.: Karl Lauterbach, Reichenbach, Post Großvoigtsberg (Sa.). Kass.: Otto Franz, Reichenbach, Post Großvoigtsberg (Sa.).
- Gau: Jena. Vorf.: Heint. Großturke, Schlippenstr. 45. — Rudolstadt. Vorf. u. Kass.: Paul Grüner, Ludwigstr. 50. — Quedlinburg. Vorf. u. Kass.: Theo Doherr, Schulstr. 10. — Lutter a. Hg. Vorf.: Wilhelm Schuhmacher. — Sangerhausen-Döberröblingen. Vorf.: Paul Gille, Sangerhausen, Werungstr. 13. Kass.: Wilhelm Gebhardt, Oberbröblingen, Ottostraße.
- Gau: Wildbergerhütte. Kass.: Joseph Schmidt, Wildberg bei Wildbergerhütte. — Nachen. Vorf.: Peter Bauer, Harzstampfstr. 40. Kass.: Ludwig Wirtz, Stollberger Str. 67. — Bochum. Vorf.: Hr. Heitche, Robertstr. 66. Kass.: S. Kolodrinski, Rotistr. 52.
- Gau: Weinheim a. Bergstr. Kass.: Val. Moll, Fürth i. Obenwald, Krumbacher Str. 30. — Bühlertal. Vorf.: Joseph Köll, Lauf bei Bühl.
- Gau: Roth b. Nürnberg. Vorf.: Leonhard Bauer, Rothauracherweg 72 1/2.

Briefkasten.

S. i. R.: 1. Der § 21 handelt von der Unterhaltspflicht Dritter und deren Erstattungspflicht. Wortlaut jedenfalls dort am Ort erhältlich (Kartell oder Ortsauschuss).
 2. Die Pfändung ist zulässig; bei solchen Alimentensachen steht das Gesetz keine Grenze vor. Darüber wurde im „Steinarbeiter“ schon mehrfach geschrieben. Solche Notizen muß man sich evtl. herauserschneiden. Siehe auch Steinarbeiter-Kalender 1927, S. 148.
 3. Wartezeit 200 Wochen, wenn mindestens 100 davon Versicherungsbeiträge sind, andernfalls 500 Wochen. Die Wochen sind maßgebend, nicht die Zahl der Karten. Alter 65 Jahre, wenn nicht vordem invalide.
 4. Ja; die Kinder werden aber nur bei einem Teil angerechnet.
 5. Nach dem Ableben des Mannes hört die Rente auf. Witwenrente nur dann aus des Verstorbenen Anwartschaft, wenn die Witwe dauernd invalide ist.
 Betreffs der Zeitungen geht das gewiß zu ändern, wenn uns die Beschwerden sofort mitgeteilt werden. Die Verpackung und der Versand erfolgt gleich in der Druckerei. — Das angekündigte Buch erscheint Ende August.

Breslau und Griten. Für die Bereicherung unserer Stein-sammlung besten Dank. Red.

Königsbrück. M. 1. Frage unklar! Der „Einfluß“ ist so, daß mit der Verheiratung die „Nur-tätigkeit als Hausfrau die Versicherungs-pflicht aufhebt. 2. Frage: Ja! 3. Frage: Nein! Doch mit der Einschränkung, daß die Kinder des Witwer nur dann Witwenrente bekommen, wenn er selber erwerbsunfähig ist.

Zeitungsverband. Mit der Nr. 32 hat wegen besonderer Vorkommnisse der Verband nicht so gut funktioniert wie sonst; etwa übergangene Orte und Einzelzahler können die Nummer nachträglich noch verlangen.

Neue Bücher, Zeitschriften.

Die Abdringung des Betons gegen Grundwasser und Risse. Ein Taschenbuch für Bauhandwerker. Unter diesem Titel gibt die Firma Hans Hausenfeld G. m. b. H., Hamburg 39, Jarrettstr. 26, eine Broschüre heraus, die den Bauhandwerkern sofort zur Verfügung gestellt wird. Es wird in der Schrift darauf hingewiesen, daß durch Beträge von Protoplast-Mörtelzusatz zum Anmachewasser eine hervorragende Abdringung des Betons gegen Grundwasser und Risse auf chemischen Wege erreichbar ist.

Anzeigen

Cöpenick. Am 21. August 1927, nachmittags 2 Uhr, findet im Restaurant Wille in Eichwalde unsere Monatsversammlung statt. Zu dieser sind auch die Frauen besonders eingeladen. I. A.: R. Krahl.

Mehrere tüchtige Steinmetzen und Handschleifer

für dauernde Beschäftigung sofort gesucht.
 Hans Wieser, Granit- und Syenitwerke, Martinlamitz-Bhf. i. Fichtelgeb.

10 tücht. Reinarbeiter
 auf Granit. Antritt sofort.
 Oberrheinische Granitwerke
 Baumgärtner & Jakob
 Säckingen.

Wir suchen
Werkzeugschmied
 für schwedische und deutsche Granite
 Reise wird vergütet
 Louis Sauter Co., Steinindustrie
 Kreuzlingen (Schweiz)

Pflasterhämmer
 aus bestem Schweißstahl
Rammen, Brechtstangen
 und sämtliche Werkzeuge für den
 Straßenbau liefert auch nach außerhalb
 Otto Teske, Berlin N 31
 Brunnenstraße 82

Sparkasse der Bank der Arbeiter
 Angestellten und Beamten A.-G.
 Spareinlagen von 1.— RM an werden
 entgeltlos entnommen in der Zentrale
 Berlin, Postcheckkonto Berlin 3898,
 in den Filialen Bremen, Postcheck-
 konto Bremen 33284, Breslau, Post-
 checkkonto Breslau 414, Dresden,
 Postcheckkonto Dresden 21002, Frank-
 furt a. M., Postcheckkonto Frankfurt
 a. M. 42679, Hamburg, Postcheck-
 konto Hamburg 32530, sowie in den
 Ortsausschüssen des ADGB.

Pflasterhämmer
 •••••
 ••••• sowie sämtliche Werkzeuge für
 ••••• Straßenbau und Steinschlag.
 ••••• Franz Mager sen., Inh. Reinhold Mager
 ••••• Berlin N. 20, Hohestraße 19.
 •••••

Gestorben.

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)

In Penig am 16. Juli der Hilfsarbeiter Max Kaufmann, 51 Jahre alt, freiwillig den Tod gesucht nach 18wöchiger Krankheit an Gicht.
 In Barel am 24. Juli der Steinseker Herm. Droste, 18 Jahre alt, Blinddarmentzündung (4 Tage krank).
 In Zeil a. M. am 30. Juli der Sandsteiner Georg Föbel, 42 Jahre alt, Lungenleiden (vier Monate krank).
 In Wüdenscheid (Zahlstelle Hunsrück) am 30. Juli der Pflastersteinmacher Marko Frankovic, 32 Jahre alt, Ruhr.
 In Ritschhausen am 1. August der Granitsteinmehler Johann Bauer, 23 Jahre alt, Nierenkrankung (17 Wochen krank).
 Ehre ihrem Andenken

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag: Ernst Winkler, beide in Leipzig.
 Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.